

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinr. Sahrenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 19

Düsseldorf, den 8. Mai 1926.

Verbandort Crefeld

## Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens.

Vortrag des Gesamtverbandsvorsitzenden Kollegen Adam Stegerwald auf dem XI. christlichen Gewerkschaftskongress (17. bis 20. April 1926) zu Dortmund.

Unser größtes Unglück in der Gegenwart ist nicht, wie meist angenommen wird, daß wir den größten aller Kriege in der Geschichte verloren haben; weit bedeutsamer ist die Tatsache, daß, als wir nach dem Zusammenbruch in der Welt vereinsamt dastanden, die Deutschen unter sich einen unfertigen Staat und die Welt ein innerlich zerfallenes Volk vorgefunden haben. Um heute zu verstehen, was ist, muß ausgegangen werden von dem federizianischen preussischen Staat. Sein Wesen war die straffe Zusammenfassung aller Kräfte. Mit ihm wurde im Zeitalter des alten römischen Reiches deutscher Nation der Grundstein gelegt für einen festen mitteleuropäischen Großstaat. In diesem Staate wurde der Autoritätsgedanke meist mit äußeren Machtmitteln herausgestellt und allmählich allen Beweislagen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens aufgeprägt. Der Autoritätsbegriff und Autoritätsgedanke, der an sich etwas Gutes, Großes und Notwendiges ist, ist in Preußen-Deutschland im Verlaufe der Jahrhunderte anstatt durchgeistigt entgeistigt worden. Die Arbeitererschaft stand trotz ihrer Leistung für Volk und Staat neben dem Staat. Sie war ausgeschlossen von der verantwortlichen Trägerschaft, von jedem Mitbestimmungsrecht über das Volksschicksal. Der Sozialismus ergriff einen großen Teil der neben dem Staat stehenden Arbeitermassen und trieb sie gegen den Staat. Die sozialistische Arbeitererschaft ist im Gegensatz zu Volk, bürgerlicher Gesellschaft und Staat gewachsen. Dazu kam noch, daß die Kulturkampfgesetze und das Sozialistengesetz in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sich praktisch als Hemmungsgesetze erwiesen für die positive Einstellung der breitesten Schichten der Arbeitererschaft zu Gesellschaft und Staat. Und nun kam der Zusammenbruch. Ehemaliger Staat und Gesellschaft als Wesenbrödel behandelt, wurde jetzt mit einem Male die Arbeitererschaft plötzlich und unvorbereitet in den Mittelpunkt der großen Geschehnisse gestellt. 1919-20 kamen die besten Köpfe aus dem evangelischen Lager zu mir (ich war damals preussischer Wohlfahrtsminister) und sagten: Wir durchleben gegenwärtig die größten Stunden deutscher Geschichte seit Jahrhunderten. In konfessioneller Hinsicht hat sich seit der Reformation noch nie eine ähnliche Möglichkeit geboten, ein anderes, ein besseres staatsbürgerliches Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken herbeizuführen wie jetzt. Weitere Besprechungen im Wahlrechtsministerium drehten sich um die Frage: Wie kann aus dieser gegenwärtigen großen Heimtuchung das deutsche Volk wirklich zu einem einheitlichen Volk zusammengeführt werden? Vor einigen Jahren hat einmal Lloyd George das Wort ausgesprochen: Das größte Unglück Europas ist, daß Deutschland seit Bismarck keinen großen Staatsmann mehr hervorgebracht hat! Und in den Jahren 1919-20 habe ich auf Grund zahlreicher Vorträge auf das intimste die Tatsache beobachten können: Das größte Unglück der deutschen Arbeitererschaft und des deutschen Volkes ist, daß die Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch keinen großen Führer aufzuweisen hatte. So, wie ich die Dinge heute übersehe, war es ein Fehler, daß man 1919 Ebert zum Reichspräsidenten gewählt hat. Er sah die Lage am klarsten von allen mir bekannten sozialdemokratischen Führern und sagte mir mehrfach: Ich kann die Notwendigkeiten der Stunde mit den sozialdemokratischen Führern besprechen, ich kann sie aber in der Reichstagsfraktion, auf der Reichstagstribüne und auf den Parteitagungen nicht durchkämpfen! Meine feste Ueberzeugung ist, daß, wenn Ebert 1919 Reichskanzler anstatt Reichspräsident geworden wäre, sich im Verlaufe der letzten Jahre manches anders abgepielt hätte, als wir es tatsächlich erlebt haben.

Der deutschen Arbeitererschaft ist das deutsche Schicksal in die Hände gespielt worden, und sie war nicht reif, um es zu gestalten. Sie war eben nicht darauf vorbereitet. Schuld an der Uureife der Arbeitererschaft war einmal der Sozialismus, der sie im Gegensatz zu Staat und Volk erzog. Schuld sind aber auch die herrschenden Schichten des alten Staates, die die Gesamtheit der Arbeitererschaft neben dem Staat stehen ließen. Die Gelegenheit von 1918 ist verpaßt, und nun gibt es keine andere Möglichkeit, als die Ueberbleibsel von dem, was der deutschen Arbeitererschaft in den letzten Jahren zugefallen ist, zu halten und von dieser Plattform aus in zäher Arbeit aufwärts zu steigen.

Wo stehen wir heute als deutsches Volk und als deutsche Arbeitererschaft in der Welt, und wie sieht es in Deutschland aus?

Jahrelang stand fast die ganze übrige Welt gegen Deutschland. Diese Kriegssphäre verflüchtete sich nur langsam. Freunde hat Deutschland auch heute nur wenige in der Welt. Heute ist noch nicht entschieden, ob der Krieg einen Wendepunkt in den Beziehungen der Völker zur Folge haben wird, oder eher-ob in absehbarer Zeit wieder durch neue kriegerische Auseinandersetzungen die verschiedenen Völker den ihnen zustehenden Platz an der Sonne sich zu erkämpfen suchen. Man redet heute viel von Imperialismus und Pazifismus, ohne sich darüber klare Vorstellungen zu machen. Die englische Politik ist heute garnicht möglich ohne reale Machtmittel. Das englische Weltreich fällt auseinander in derselben Stunde, in der es keine starke Kriegsmarine mehr hat. Das Wesen der englischen Politik besteht darin, daß es seine Rohstoffe möglichst günstig in der Welt einzukaufen bestrebt ist, diese im Mutterlande verarbeitet und sie als Fertigfabrikate wieder günstig in der Welt abzusetzen sucht. Die Wafts dieser Politik beruht in dem Eisen- und Kohlevorkommen in England und in der seit Jahrhunderten entwickelten englischen Textilindustrie. Ein Land, das im Jahre mit mehr als 30 Milliarden Mark an Güteraustausch beteiligt ist, kommt nicht durch ohne Meinungsverschiedenheiten mit anderen Völkern und Staaten. Auf ganz anderen Fundamenten beruht die amerikanische Wirtschaftspolitik. Amerika hat ausreichend Brotgetreide, Kohle, Eisen, Gold, Kupfer, Silber, Blei, Wolle, Baumwolle, Gummi etc. im eigenen Lande, um den Lebensbedarf seiner Bevölkerung

zufriedigen zu können. Die Vereinigten Staaten können daher, wenn sie auf dem alten Standpunkt: Amerika den Amerikanern! beharren, bestehen ohne Meer und Flotte. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer ähnlichen Lage wie die englische. Auch wir haben nicht ausreichend Rohstoffe im Lande, um unsere mehr als 60 Millionen Menschen auf deutschem Boden ernähren zu können. Wir stehen heute nicht nur weltpolitisch, sondern auch weltwirtschaftlich und wirtschaftspolitisch vor folgender Situation: entweder kommt ein wahrer Völkerbund zustande, der auf der ganzen Linie die militärische Abrüstung herbeiführt und andere Grundlagen für das Zusammenwachsen der Völker und Staaten und den gegenseitigen Güteraustausch schafft, oder aber: der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft stehen in kurzer Zeit vor einem Entweder-Oder: entweder Deutschland muß in absehbarer Zeit sich wieder stärkerere reale Machtmittel zulegen oder aber: es muß sich in stärkerem Maße auf wirtschaftliche Autarkie einrichten, es muß einen viel größeren Bruchteil seiner Bevölkerung auf heimatischem Boden und unabhängig von der Weltwirtschaft, also in der Landwirtschaft, zu ernähren suchen. Auf bloße Zufälligkeiten und auf bloßen gutem Willen der anderen kann ein Volk von mehr als 60 Millionen nicht seine Wirtschaftspolitik aufbauen. In diesem Zusammenhang muß auch die große Wirtschaftskrise gesehen werden, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Auch im Innern ist es momentan mit der deutschen Wirtschaft nicht gut bestellt. Krieg und Inflation haben starke Kapitalverwüstungen mit sich gebracht und die ehemaligen Kreditquellen des Landes verschüttet. Trotz unseres Glendes sind in dem gegenseitigen Zusammenleben und Zusammenstehen des deutschen Volkes aus den Vorgängen des letzten Jahrzehnts noch nicht die notwendigen Folgerungen gezogen worden. Wir haben, trotzdem wir von unseren ehemaligen Feinden reichlich schikaniert wurden, anstatt die Schuldfrage nach außen geschlossen abzulehnen, in starkem Maße die Kräfte verbraucht für den Kampf um die Schuldfrage im Innern. Daneben haben wir uns auseinandergesetzt um Republik oder Monarchie, um Schwarzweißrot oder Schwarzrotgold, um Vaterländische Verbände oder Reichsbanner. Der Streit um die Staatsform war im Hinblick auf Deutschlands Geschichte in den letzten Jahren in starkem Maße eine konfessionelle Frage. In Preußen gibt es starke Strömungen für die evangelischen Hohenzollern, in Bayern für die katholischen Wittelsbacher, in Preußen gibt es wenig kath. Hohenzollern-Monarchisten, in Bayern wenig evangel. Wittelsbacher-Monarchisten. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung ist in diese Streitfragen stark hineingezogen worden, was im Hinblick auf ihre Zusammengehörigkeit verständlich ist. Im Ganzen befinden sich die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren in einer ähnlichen Lage wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890. Damals glaubten die Ideologen und jugendlichen Romantiker im sozialistischen Lager, daß jetzt in wenigen Jahren der sozialistische Zukunftsstaat ausgerichtet werden könne. Heute gibt es im bürgerlichen und christlichen Lager Ideologen und jugendliche Romantiker, die meinen, weil wir die Republik haben und an Stelle des ehemaligen Dreiklassenwahlsystems das gleiche Wahlrecht, Deutschland in kurzer Zeit zu einem Schlaraffenland machen zu können. Die Form des Volksstaates, die wir heute haben, ist für das Wohl des Volkes noch nicht das Entscheidende. Wir haben heute erst die Form, die Hülle des Volksstaates. Solange die Arbeitererschaft noch nicht ausreichend am Mitbestimmungsrecht an der Mitverwaltung der deutschen Wirtschaft beteiligt ist, solange der Blutlauf der Volkswirtschaft: das Geld- und Bankwesen, sich noch in den Händen weniger Finanzkongerue befindet, solange die Arbeitererschaft so wenig Einfluß auf die Presse, auf die Korrespondenz- und Telegraphenbüros hat, solange das Bildungswesen an den Volksschulen, Mittelschulen und Hochschulen noch nicht gründlich umgestellt ist, ist es ausgeschlossen, daß der Volksstaat den Inhalt bekommen kann, wie die Arbeitererschaft ihn sich vorstellt. Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiter in Staat und Gesellschaft kann zudem die Gesetzgebung nicht bringen, diese Dinge müssen von der Arbeitererschaft geistig erarbeitet werden.

In den letzten Jahren bin ich persönlich stark in den politischen Kampf hineingezogen worden. Das ist an sich natürlich. Derjenige, der auf dem Kirchturn sitzt, wird von den Dohlen umkreist. Meine politische und gewerkschaftliche Einstellung in den letzten Jahren läßt sich in drei Sätzen zusammenfassen. Ich wollte:

1. Von Deutschland unter allen Umständen das Chaos, den Bürgerkrieg, ferngehalten wissen. Im Verlaufe der letzten Jahre hatte ich häufiger Gelegenheit, mich mit Ausländern, insbesondere mit Engländern, auszupreisen. Diese sagten mir mehrfach: Sie werden in England besser verstanden wie von ihrem eigenen Volk. Solange, so meinten die Herren, Ebert Reichspräsident ist, die Sozialdemokratie mit Verantwortung an den preussischen Staat gebunden ist, solange in Deutschland eine starke Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung besteht, die etwas zu verlieren hat, bestand keine ernsthafte Gefahr, daß etwa von links eine neue Staatsumwälzung zu befürchten war, wie es überhaupt so gut wie nie da war, daß zwei Staatsumwälzungen hintereinander von ein und derselben Stöhrung gekommen sind. Es war immer so, daß Staatsumwälzungen, die von links kamen, Gegenstöße von rechts zu Folge hatten und umgekehrt. Die größten Gefahren für das Chaos, für den Bürgerkrieg, bestanden in den letzten Jahren nicht von links, sondern von rechts, und diese mußten gebannt werden.
2. Früher hat man die Sozialdemokratie gegen den Staat aufwachen lassen. Sollte jetzt, nachdem die Kräfte von rechts so stark waren, man in den gleichen Fehler gegen rechts verfallen? Volkspolitisch denken heißt, alle positive mollenenden Kräfte an den Staat binden.

3. wollte ich über die politische unruhigste aller christlichen Gewerkschaftsbewegung geschlossen hindübergereitet wissen. In der Vorkriegszeit war die ganze Atmosphäre gegen uns, und heute steht fest: an der Verhinderung des resloisen Chaos in Deutschland entfällt auf die christlichen Gewerkschaften ein größeres Verdienst als auf die meisten politischen Parteien. Heute kann mathematisch nachgewiesen werden, daß ohne christliche Arbeiterbewegung in der Weimarer Nationalversammlung die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommen haben würde, und eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung wäre von der äußersten Linken so stark bedrängt worden und hätte damals von sich aus bestimmt nicht die Kraft aufgebracht, um russische Zustände von Deutschland fernzuhalten. Wir haben in Deutschland eine selbständige christliche Arbeiterbewegung, nicht zum Schaden für Volk, Staat und Christentum. Wenn von Deutschland das resloise Chaos ferngehalten ist, wenn in Deutschland zwar infolge der fehlerhaften Staatsführung die Throne, nicht aber auch, wie bei den meisten anderen Staatsumwälzungen auch die Altäre beseitigt wurden, so ist das nicht zuletzt dem Vorhandensein und der Wirkksamkeit der christlichen Arbeiterbewegung zuzuschreiben. Und diese Bewegung wird nicht zerfallen, diese Bewegung steht nicht am Ende, sie steht vielmehr nach den neuzeitlichen Verhältnissen und im Hinblick auf die in Deutschland herrschende Kleingeisterei am Anfange ihrer großen historischen Mission für Christentum, Arbeitererschaft, Volk und Staat.

Im Hinblick auf die Aufgaben, vor denen die deutsche Arbeitererschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten steht, haben wir von folgenden Tatsachen auszugehen:

1. Die Arbeitererschaft stellt die jüngste Schicht im Volks-, Gesellschafts- und Staatsorganismus dar.
2. Es liegt die absolute Notwendigkeit vor, daß das deutsche Volk im Ganzen den Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staat findet.

Der Platz der Arbeitererschaft im Staats- und Gesellschaftsorganismus ist noch umstritten. Der Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staat ist für viele, insbesondere auch für die sozialistische Arbeitererschaft, noch unebel, und zwar einmal durch die internationale Klassenideologie, in deren Vorstellungswelt sie aufgewachsen ist; denn durch die materialistisch-mechanistische Auffassung, die davon ausgeht, daß der Fortschritt der Menschheit lediglich von materiellen Triebkräften bestimmt werde, daß also die menschliche Gesellschaft ähnlich wie eine Aktiengesellschaft zu beurteilen sei, wobei lediglich Kurs und Ziel derselben zu bestimmen hat, der über das größte Aktienpaket verfügt. Schließlich ist der Weg zu Volk und Staat den sozialistischen Massen auch dadurch unebel, daß sie Staat und Wirtschaft in erster Linie als Verteilungsorganisation ansehen, an die die Arbeitererschaft nur Forderungen zu stellen habe, ohne sich ausreichend Kopfzerbrechen darüber zu machen, wie auch Staat und Wirtschaft zu größtmöglicher Leistungsfähigkeit gebracht werden können. Mit dieser Einstellung wird der Arbeitererschaft, der jüngsten Gesellschaftsschicht, niemals die Führung im Staat und Volk zufallen. Der Staat ist eben kein bloßer materieller Zweckverband. „Der Staat ist“, wie Fehr v. Stein sagt, „kein landwirtschaftlicher und Fabrikverein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, christliche und körperliche Entwicklung; er soll durch ein kräftiges, mutiges, sittliches, geistvolles Volk, nicht allein ein kunstreiches, gewerbetätiges gebildet werden.“ Die Volksseele, ihre geistige und sittliche Kraft ist Inhalt des Staates. Zu dieser Staatsauffassung, zu diesem Staatsinhalt hat die Sozialdemokratie sich noch nicht durchzuringen vermocht. Auf der anderen Seite ist das deutsche Bürgertum im Ganzen, von Ausnahmen abgesehen, ebenso materialistisch und einseitig eingestellt, wie die Sozialdemokratie materialistisch-klaffenegoistisch eingestellt ist. Für den großen welthistorischen Wendegang und Wachstumsprozeß, nach dem ständig eine Gesellschafts-schicht die andere in der Staats- und Volkführung abgelöst wird, und daß es ein naturgesetzlicher Vorgang ist, daß nicht bloß eine Generation von der anderen, sondern daß auch von Periode zu Periode eine Gesellschaftsschicht von der anderen abgelöst wird, daß neue Gesellschaftsschichten neue Verhältnisse und neue Aufgaben schöpferisch anpacken und gestalten müssen, bringt das deutsche Bürgertum im allgemeinen sehr wenig Sinn- und Verständnis auf. Hier steht die christliche Arbeitererschaft. Sie steht zwischen den vom kapitalistischen Geist einerseits und den von der sozialistischen Idee andererseits beherrschten Volksgruppen. Die christliche Arbeitererschaft hat sich gegenüber den sozialistischen Arbeitermassen den Glauben an das geistige Prinzip, an eine geistgeleitete und geistbeherrschte Weltordnung bewahrt. Sie ist gegenüber dem bestehenden Bürgertum durch ihre Beschäftigung vor einer Materialisierung bewahrt geblieben. Gerade in ihrer Mäßigkeit, in ihrem positiven Christentum, das am stärksten gemeinschaftsbindend wirkt, liegen die Kräfte zur weiteren volkspolitischen Denkwiese. Der Glaube an ein geistiges Prinzip bedeutet ihre Anerkennung oberster sittlicher Gesetze, der Glaube an ein letztes höchstes Sein, an Gott, an die bewegende Kraft des Geistes in den Menschengeschichten und geschichtlichen Geschehnissen, bedeutet die Ueberordnung des Geistes über die Materie. Aus dieser Einstellung heraus stehen wir vor zwei großen Aufgaben allgemeiner Art. Wir müssen

1. zu einer universellen Denkwiese empornwachsen, anstelle der engen Betrachtung der Dinge, in der das deutsche Volk in allen Schichten aufgewachsen ist. Wir müssen uns für Luft und Gleichberechtigung des deutschen Volkes nach außen einsetzen, wir müssen zur Beurteilung der großen Geschehnisse und ihrer Zusammenhänge und Rückwirkungen auf Volk, Gesellschaft, Staat und Wirtschaft den richtigen Standort, die richtige Plattform finden; wir müssen
2. zu einer positiven Einstellung zu allen gefunden Lebensäußerungen kommen, die das Volk vorwärts und aufwärts zu bringen geeignet sind. Bei einer politisch unübersetzten Denkwiese wäre der Streit über die Agrarzölle im letzten Sommer nicht möglich gewesen. Von kleinen Splittern abgesehen, ist sich ganz Deutschland darin einig, daß wir eine leistungsfähige Landwirtschaft notwendig haben. Mit Redensarten läßt sich diese Freiheit nicht schaffen. Gälten wir heute eine leistungsfähige Landwirtschaft, gäbe es in Deutschland keine 2 Millionen Arbeitslose, weil die Landwirtschaft die Industrieprodukte in ganz anderem Maße aufzunehmen fähig

# Bist Du dabei?

**Bist Du mit Leib und Seele bei Deiner Organisation? Dein Mitgliedsbuch weist das aus. Gewerkschaftsarbeit kann nur erfolgreich sein bei finanzieller Sicherstellung des Verbandes! Darum zahle freiwillig einen höheren, als den Pflichtbeitrag!**

wäre. Daneben hat die Landwirtschaft noch eine große volkspolitische Seite. Die auf dem Lande Arbeitenden sind am stärksten mit den Naturelementen Luft, Licht, Sonne und Erde verbunden. Dieses Verbundensein mit den Naturelementen schafft das gefühlteste Volk. Liegt es nun im Interesse des deutschen Volkes, die gesunden deutschen Bauernjungen etwa als Farmer oder Viehhüter nach Argentinien zu schicken, weil dort die Viehhaltung billiger ist?

Auch darüber kann es eine Meinungsverschiedenheit nicht geben, daß an der Rentabilität der Wirtschaft Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig interessiert sind. Lediglich über die zur Rentabilität führenden Mittel und Wege können Meinungsverschiedenheiten hervortreten. Und da habe ich an die Adresse des Unternehmers folgendes zu sagen: Mit den einfachen Mitteln, mit denen heute noch viele Unternehmer glauben, die Dinge meistern zu können, nämlich mit möglichst langer Arbeitszeit, mit möglichst niedrigen Löhnen und mit dem Geist, mit dem das alte Regime gearbeitet hat, wonach der eine willkürlich zu befehlen und der andere blind zu gehorchen hat, ist die deutsche Wirtschaft nicht wieder aufzubauen und rentabel zu gestalten. Diese Mittel sind zu einfach, als daß sie im Vergleich zu früher in der veränderten Staats- und Volkswirtschaft zum Ziele führen können. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika existierte nie der bei uns gebräuchliche Kasernenhofe- und Subordinationsgeist. Und trotzdem hat das amerikanische Unternehmertum stets steigende größere Effekte herauszuwirtschaften verstanden. Was für den deutschen Wiederaufbau vor allem notwendig ist, ist m. E. dreierlei:

1. Deutschland braucht eine leistungsfähige Landwirtschaft, um, neben ihrer volkspolitischen Bedeutung, die drei Milliarden Mark an Lebensmitteln, die wir gegenwärtig jährlich vom Ausland einführen, wesentlich zu verringern und um die deutschen Industriegüter in starkem Maße abnehmen zu können.

2. Deutschland braucht zum Konsum der Agrarerzeugnisse zur weiteren Belebung des Innenmarktes und zur Herstellung von Qualitätsware eine gut bezahlte Arbeiterklasse. Eine Qualitätsindustrie kann für den Weltmarkt gar nicht herangezogen werden ohne starken Mutterboden und Absatz im Inland.

3. Deutschland braucht im Vergleich zu früher ein von Grund auf anderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen gemeinschaftlich bestrebt und gemeinschaftlich interessiert werden an der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und der einzelnen Betriebe. Durch zweckmäßige Organisation und durch feilsch richtige Behandlung muß das Groß der Arbeiter das Werk, in dem sie tätig sind, als „unser Werk“ betrachten und schätzen lernen. Die Intensität der deutschen Wirtschaft muß durch gute Wirtschaftspolitik, durch gute Wirtschafts- und Betriebsorganisation, durch sorgfältige Pflege der Technik und durch stärkere Interessierung der Arbeiter an der Produktivität der Betriebe herbeizuführen versucht werden. Die Stunde wird kommen, wo die Gewerkschaften überwiegend als positive Glieder der Volkswirtschaft sich betätigen müssen.

Zum unvoreingenommenen und politischen Denken gehört auch, daß wir uns frei zu machen haben von einer engen parteipolitischen Betrachtungsweise. Wir haben uns ohne Rücksicht auf die Staatsform positiv einzustellen zum Staat. Man kann grundsätzlich Monarchie und trotzdem ein guter Diener der Republik sein. Den besten Beweis dafür liefert der gegenwärtige Reichspräsident von Hindenburg. Meine persönliche Einstellung zur Frage der Staatsform ist seit Jahren unverändert die folgende:

1. Als Ausgangspunkt für den Wiederaufbau kann im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in der Welt und in Europa nur die gegenwärtige Staatsform, die Republik, in Frage kommen.

2. Die Gefühle derjenigen, die glauben, vom Allen sich nicht trennen zu können, sind weitgehend zu schonen.

3. Alle Bestrebungen, die auf dem Wege der Gewalt glauben, eine Veränderung der Staatsform herbeizuführen zu sollen, sind mit allen staatlichen Machtmitteln niederzuschlagen.

In der Fahnfrage und in der Frage der vaterländischen Verbände liegen die Dinge komplizierter. Hier stoßen wir auf die Kernfrage, nämlich: ob die Selbstbehauptung nach außen oder die differierenden Anschauungen im Innern das Entscheidende seien. Die deutsche Handelsflagge und damit die Weltflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer kleinen schwarz-rot-goldenen Welle. Die Reichsflagge im Innern dagegen ist schwarz-rot-gold. Millionen hängen an der alten Reichsflagge, weil mit ihr die Reichsgründung und eine große Tradition verknüpft ist. Verschärft wird die Angelegenheit dadurch, daß alle herrschenden Kreise von früher ausnahmslos Anhänger von schwarz-weiß-rot sind und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit diese Fahne herausbringen. Es hat sich in der Vorkriegszeit der allerbreitesten Arbeiterschichten die Auffassung festgesetzt, daß schwarz-weiß-rot die Fahne der alten Herrschergeschichten sei, während die Fahne schwarz-rot-gold weitgehend zur Symbol derer geworden ist, die den Volksstaat und die Demokratie in der Wirtschaft wollen. In der Fahnfrage wäre es m. E. am besten, wenn in absehbarer Zeit ein Kompromiß zustande kommen könnte. — Was die vaterländischen Verbände auf der einen und das Reichsbanner auf der anderen Seite angeht, so streiten zum Teil auch hier außen und innen politische Auffassungen miteinander. Ein Teil der vaterländischen Verbände ist ebendam entstanden in dem Gedanken, daß, weil die deutsche Wehrmacht zerstückelt worden sei, und die anderen doch nicht abdrücken würden, in freier Organisation wenigstens der Geist der alten Wehrmacht erhalten werden müßte. Dagegen konnte und kann kein Mensch in unserem Lager etwas haben. Im Gegenteil: diese Bestrebungen müssen unsere Billigung finden. — Kam die andere Seite: In den letzten Jahren waren mehrere innerpolitische Parteien vorbereitet, die sich gegen den neuen Staat richteten und waren nicht alle vaterländischen Verbände unbeteiligt gewesen sind. Und so ist der Grund gelegt worden für die Gründung des Reichsbanners, das sagt: Wir sind Großdeutsche und schätzen die Republik! Auch dagegen haben wir bestimmt nichts einzumenden. Aber auch das Reichsbanner hat seine Rehrseite: neben vielen vernünftigen und erfruchtlichen Zielen haben sich nämlich im Reichsbanner wohl auch alle verabschiedeten Sympathisanten zusammengeschlossen und haben dort jeden deutschen Selbsterhaltungswillen und jedes gesunde Selbstbewußtsein nach außen zu zerstreuen. Bei solcher Sachlage kann man, auf die Dauer gesehen, sehr wohl zu der Meinung kommen, daß im ganzen der Schaden, der beiderseitig angerichtet wird, größer ist als der Nutzen für das deutsche Volk. Der preussische Innenminister Geering vertrat daher den Standpunkt, daß am besten sich beide Organisationen auflösen sollten. Bei der gegenwärtigen Geistesverfassung des deutschen Volkes wird dieses indes nicht zu erwarten sein. Sobald sich Deutschland äußerlich und innerlich konsolidiert haben wird, werden diese Gründungen von selbst abebben. Inzwischen haben unsere Mitglieder, soweit sie diesen Organisationen angehören, dahin zu wirken, daß sie kein Unheil anrichten.

Über all diese Dinge hinweg müssen wir die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung eines Rassen- und Klassendeutschlands ablehnen und positiv an der Ausgestaltung des Staates mitarbeiten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß republikanische Staatsform und gleiches Wahlrecht noch keine ausreichende Sicherheit bieten für die Gestaltung eines wahren Volksstaates. Diese Sicherheit ist erst gegeben, wenn alle positiv gesinnten Volkselemente in wirklicher Verantwortung füreinander und gemeinsam für den Staat denken und handeln. Heute besteht die Gefahr, daß durch Presse und Wahlgelder anstelle der alten Adelsaristokratie eine Geld- und Finanzaristokratie sich die wirkliche Herrschaft im Staate sichert. Wir befinden uns gegenwärtig mit Riesenschritten auf diesem Wege. Schon heute wird die Lage der Arbeiterschaft viel stärker durch die Politik des Bankkapitals beeinflusst als durch die industriellen Unternehmer, die ja zum großen Teil nur Funktionäre dieses Kapitals geworden sind.

Damit komme ich zum Schluß. Das 19. Jahrhundert wurde beherrscht vom Bürgertum und vom Kapitalismus; beide haben Großes geleistet. Sie haben die Industrie geschaffen, sie haben die Wissenschaft, insbesondere die Naturwissenschaft, zu gewaltigen Ergebnissen geführt. Sie haben der Bevölkerung Arbeit und Brot gegeben. Am Anfang des 19. Jahrhunderts lebten auf dem Boden des heutigen deutschen Staatsverbandes etwa 24 Millionen Menschen. Am Schluß des 19. Jahrhunderts lebten auf dem gleichen Raum etwa 65 Millionen Menschen; und diese 65 Millionen haben vor dem Kriege weiter gelebt, wie die 24 Millionen vor 100 Jahren. Das 19. Jahrhundert hat aber den Mammonismus und den Egoismus auf die Spitze getrieben. Es hat alles in Atome aufgelöst, es hat den Gemeinschaftsgedanken zertrümmert. Im 20. Jahrhundert muß der

## Der Eigennutz

ist ein großes Hemmnis für den aufsteigenden Arbeiterstand. Es gibt Menschen, die neidisch auf andere blicken, weil es denen nach ihrer Meinung besser geht. Zum Opfern und zur Hingabe für ein großes Ziel sind diese Leute nicht bereit. Sie sind ein Hemmschuh für die Arbeiterbewegung. Der egoistische, eigennützige Mensch

## ist der größte Schädling

für unser Vorwärtkommen. Er will „alles“ haben und merkt nicht, daß sein Verhalten ebenso zu verurteilen ist, wie das eines geizigen Arbeitgebers, denen die Arbeiter jeden Pfennig Lohnerhöhung abringen müssen. — In unseren Reihen sollte der Eigennutz keinen Platz haben. Der Verband wird nur groß bei opferbereiter Hingabe

## für unsere gemeinsame Sache!

Bei denen, die „außerhalb“ stehen, müssen wir diesen Eigennutz bekämpfen mit aller Kraft. Auch bei jenen, die am Verbandsbeitrag „sparen“ wollen und die dem Verbandsbeitrag nicht den ihrem Verdienst entsprechenden Pflichtbeitrag entrichten wollen. Der Verband kann und wird für immer nur das sein, was die Mitglieder aus ihm machen. Je größer die Opferwilligkeit der Mitglieder, um so stärker die Leistungsfähigkeit des Verbandes. Je mehr opferbereite Hände und Herzen für unseren Verband, desto größer der allen zugute kommende Erfolg!

Gemeinschaftsgedanke wieder herausgestellt, müssen die auseinandergerissenen Menschen wieder zu Gemeinschaften zusammengeführt werden: in Familie, Beruf, Stand, Arbeitsgemeinschaften, Gemeinde, Staat.

Ich bin der Überzeugung, daß dieses Ziel nur auf den Grundlagen möglich ist, auf denen unsere Bewegung beruht, und daß dieses Ziel nur im Rahmen der hier ausgesprochenen Gedanken durchgeführt werden kann. Ich habe Ihnen dargelegt, daß die Arbeiterklasse die jüngste Schicht im Volkstum ist, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Weg zur nationalen Volkseinheit, zum Staat finden muß, daß dieser Weg für breite Schichten des deutschen Volkes, insbesondere auch für die sozialistische Arbeiterschaft, noch uneben ist, daß uns als größte Arbeiterklasse in dem Wachstumsprozeß des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft besondere und bedeutende Aufgaben zufallen, daß wir unversetzt denken lernen, daß wir uns resolut positiv zu allen gesunden Lebensäußerungen von Volk und Staat einstellen müssen, daß wir Volk, Gesellschaft und Staat nicht bloß materialistisch-mechanistisch, nicht wie eine Aktiengesellschaft betrachten dürfen, sondern daß der Inhalt des Staates aus der Volksebene und ihrer sittlichen und geistigen Kraft besteht, daß die Leistungsfähigkeit von Staat und Wirtschaft die Voraussetzung für das Aufsteigen der lohnarbeitenden Schichten ist. Diese Betrachtungsweise erscheint so natürlich, so klar, so wahr, daß es uns bei allseitiger Anstrengung gelingen muß, die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, ja die Mehrheit des deutschen Volkes für diese Gedanken, für die programmatischen Grundlagen unserer Bewegung zu gewinnen. Denn so wie in den letzten 25 Jahren die Gesamtatmosphäre gegen uns war, arbeitet jetzt die Entwicklung für uns. Der Staat hat eine andere Gestalt und Ordnung bekommen; die Kirchen, die ebendam in ihrer Wirksamkeit weitgehend vom Staat abhängig waren, sind nun frei von der Staatsform, aber auch frei von den Staatsgeheimnissen, sind auf dem Wege zu Volkskirchen. Der Glaube an den weltbewegenden Sozialismus ist dahin. Mit der Vorstellung, daß der Sozialismus die Erlösreligion für die Arbeiter sei, ist es nicht mehr. Wir haben heute im Gegensatz zu früher erprobte und geprüfte Organisationen; die geistigen Grundlagen unseres Volkes und Schöpfungen sind geklärt und herausgestellt; und nun heißt es: mit großer sittlicher Ernsthaftigkeit mit eisernem Willen und entschlossener Fähigkeit ins zweite Vierteljahrhundert christlicher Gewerkschaftsbewegung!

## Weshalb höhere Verbandsbeiträge?

Zu dieser Frage haben sich noch einige Verbandsmitglieder zum Wort gemeldet. Wir lassen ihre Ausführungen nachstehend folgen:

Diese Frage legen sich, nachdem Zentralvorstand und Verbandsauschuß mit dem bekannten Entschluß in eine Propaganda für erhöhte Beiträge besonders eingetreten sind, wohl alle Mitglieder vor. Mehrere Zuschriften aus Mitgliederkreisen haben zu dieser Frage Stellung genommen. Die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind durchaus zutreffend und kann man ihnen nur „in vollen Umfang zustimmen. Es darf nicht notwendig sein, auf die Zahlung der Pflichtbeiträge hinzuweisen, weil über diese Verpflichtung auch das jüngste Mitglied sich unbedingt klar sein dürfte. Schon aus dem Grunde, weil ja sonst das Recht verwirrt wäre, am gewerkschaftlichen Wirken und seinen Erfolgen positiven Anteil zu nehmen. Ich messe deshalb der Propaganda der Zahlung von Pflichtbeiträgen nicht die größte Bedeutung zu. Vielmehr wertvoll, ja unumgänglich notwendig ist die Zahlung solcher Beiträge, die den Pflichtbeitrag nicht unwesentlich übersteigen. Es ist zu offensichtlich, daß die im Jahre 1924 von der Verbandsgeneralversammlung beschlossenen Pflichtbeiträge, heute, nachdem Größe und Schwere der gewerkschaftlichen Aufgaben viel mehr und härter in die Erscheinung treten, nachdem die Bestrebungen, den Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben auszuschließen, viel schärfere Formen angenommen haben, nicht mehr genügen können. Wenn die Werbung für höhere Beiträge richtig betrieben wird, so muß ihr Erfolg bescheiden sein. Die Notwendigkeit geht auch besonders aus der Einstellung zur Beitragsfrage der Bruderverbände hervor. Wenn wir sehen, daß die Organisationen der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Bergarbeiter usw. Pflichtbeiträge von 1.50 M pro Woche erheben, so muß uns Textilarbeitern das doch zu denken geben. Die gehen von dem richtigen Gedanken aus, daß ganz besonders schon für die nächste Zukunft nur eine Kampfgewerkschaft die Interessen der Arbeiter vertreten, kämpfen und erweitern kann. Der Kampf wird uns mehr denn je durch die Verhältnisse aufgezwungen. Die Strömungen gegen unsere Bestrebungen sind derart stark, daß es unvermeidlich erscheint, daß die Gegenätze mehrschneidig in allernächster Zeit schon hart aneinander geraten müssen. Weil die genannten Bruderverbände das ganz klar sehen, deshalb die entsprechende Einstellung auf diese harten Tatsachen.

Für uns Textilarbeiter entsteht nun die Frage: Wollen auch wir in diesem Kampfe unsern Mann stellen? Ob wir wollen oder nicht, wir werden mit tun müssen! Wir Textilarbeiter haben noch viel mehr Veranlassung, uns für die Interessen unseres Berufes einzusetzen. Die Facharbeiter unserer Textilindustrie stehen seit jeher in der Beurteilung der Bewertung ihrer Leistung mit den Facharbeitern der anderen Berufe nicht gleich. Es herrscht sogar vielfach in befreundeten und wohlwollenden Kreisen die Auffassung vor, daß die Arbeiter in der Textilindustrie minder zu beurteilen seien, als die Arbeiter der sogenannten handwerksmäßigen Berufe. Wer jedoch die Verhältnisse in der Textilindustrie kennt, der weiß, daß die Arbeit eines Spinners oder Webers und anderer Berufsabteilungen, qualitativ mindestens gleichwertig ist mit der Arbeit anderer Berufsgruppen, ob er Schlosser oder Schreiner oder sonst irgend einen gelernten Beruf hat. Es ist deshalb total unberechtigt, den Textilarbeiter über die Schulter anzusehen. Unsere Organisation hat alles getan, um in materieller Bewertung der Textilarbeiter mit anderen Berufsarbeitern eine Wendung zum Besseren zu erzielen. Die Arbeit hat auch in den letzten Jahren nicht unbedeutende Erfolge erzielt. Für die Bewertung selbst kommt für die nächsten Jahre noch hinzu, daß unsere Industrie immer mehr zur Produktion von Qualitätsarbeit übergehen muß. Es werden deshalb schon heute und in kommander Zeit höhere qualitative Fähigkeiten von unseren Textilarbeitern verlangt werden. Wir werden deshalb unsere Stellung nicht nur zu halten haben, sondern wir müssen mehr als die anderen Berufe im Stande sein, als Facharbeiterorganisation, in gewerkschaftlicher Hinsicht Qualitätsarbeit zu leisten. Gelingt uns das nicht, so werden wir bleiben mit die Minderbewerteten und Minderbemittelten im Kreise unserer Gesamtarbeiterschaft. Kein Textilarbeiter und keine Textilarbeiterin wird das wollen. Man wird dann aber auch zugeben müssen, daß wir unsere gewerkschaftlichen Aufgaben nicht lösen können mit der Hälfte der Beiträge im Vergleich zu den anderen Berufsorganisationen. Deshalb genügt auch nicht der Pflichtbeitrag, wie er seit 1924 besteht. Wir müssen dazu kommen, für unsere Akkord- und Facharbeiter einen Arbeitsbeitrag von 1.— M und mit entsprechender Abstufung für andere Berufs- und Altersgruppen zu erreichen. Sollte uns das in absehbarer Zeit nicht gelingen, so ist eine wirkliche Vertretung unserer Textilarbeiterinteressen m. E. in Frage gestellt. Wenn wir diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen, dann sind daneben dadurch alle anderen Betrachtungen, Verbandsbeitrag und Unterstützungen und sonstigen Gründe bejaht.

Wird dieses Ziel bald erreichbar sein? Ganz bestimmt ja! Durch die angeführten Gefahren für unsere Interessenvertretung ist auch gleichzeitig die Existenz der Arbeiter und der Arbeiterfamilien in Frage gestellt. Was möchte ein guter Familienvater nicht alles für seine Familie tun? Was möchte eine gute Hausfrau und Mutter nicht für die Ihren opfern. Gerade die Letztere hat die Schwere des Daseinskampfes ganz besonders zu tragen. Sie muß und wird deshalb, wenn richtig eingestellt, auch die opferfreudige Mitkämpferin sein, weil es gilt die Erhaltung und Vermehrung der Lebensmöglichkeit derer, die ihr anvertraut sind. Für unsere Funktionäre gilt es deshalb, unseren Mitgliedern und ganz besonders deren Frauen ein offenes, ernstes Wort in angebotener Richtung zu sagen. Das Mitglied, das die Seinen und sich nicht aufgeben will, die Arbeiterfrau und sorgende Arbeitermutter, die die ihrer Sorge Anvertrauten retten will, muß und wird auf unserer Seite sein. Deshalb wollen wir mit Vertrauen an die Arbeit gehen und müssen und werden unser Ziel erreichen.

# Um Mitbestimmungsrecht u. Mitbesitz der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Fahrenbrach, gehalten auf dem XI. Christlichen Gewerkschaftskongress vom 17.-20. April 1926 zu Dortmund.

Zur Behebung der Wirtschaftsnote wurden wir während der letzten Jahre mit einer Hochflut von Wirtschaftsprogrammen und Eingelieferungen überflutet. Diese Wirtschaftsforforderungen wurden fast nie für die eigene Interessengruppe aufgestellt. Sie sind stets nur an Reich, Staat, Gemeinden und die anderen Wirtschaftsgruppen gerichtet. So wollen die Unternehmer die Steigerung und Verbilligung der Produktion durch Verringerung der öffentlichen Lasten, durch Herabdrückung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit erreichen. Sie verwerfen jeglichen staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen, errichten jedoch selbst durch ihre Syndikats- und Kartellpolitik eine rücksichtslose Zwangswirtschaft zur Hochschauung der Preise und Ausschaltung der Konkurrenz. Der Staat soll ihnen durch hohe Zollmauern die Auslandskonkurrenz fernhalten.

Weite Arbeitnehmererschichten sind in den letzten Jahren gleichfalls immer mehr der falschen Auffassung verfallen, alles soll vom Staate und anderen Interessengruppen zu erwarten sein. Der Staat soll nicht nur eine möglichst kurze Arbeitszeit gesetzlich festlegen, er soll auch die Löhne und Gehälter hoch und die Preise für Lebensmittel, Bedarfsartikel und Wohnungsmieten niedrig halten, er soll außerdem in allen Notfällen des Lebens Helfer sein.

Bei einer solchen kurzfristigen Einstellung muß der Wille der Selbsthilfe und der Opferbereitschaft absterben. Mit Jammern und Forderungen stellen ist die deutsche Wirtschaft nicht wieder zur Blüte zu bringen und dem deutschen Volke nicht die notwendige Weltgeltung zu verschaffen. Ebenso kurzfristig sind die Anschauungen, dem Arbeiterstande könnte allein mit dem Stimmgelächel bei Parlamentswahlen eine wirtschaftlich gesicherte und in der Gemeinschaft gleichberechtigte und geachtete Stellung errungen werden. Nur durch mühsames, stetes Vorwärts- und Aufwärtstreben unter materiellen und persönlichen Opfern sind diese Ziele erreichbar.

Was wir als Arbeitnehmer zunächst vom Staate und von der Gesetzgebung verlangen können und müssen, ist, daß uns die Bahn für den Aufstieg frei gemacht, uns die gleichen Rechte, Freiheiten und Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden wie den Angehörigen anderer Stände. Diese besitzen wir heute nicht. Da hier wirtschaftliche Fragen zur Verhandlung stehen, nenne ich nur die öffentlich-rechtlichen Berufskammern, von denen man die Arbeitnehmer bisher ausgeschlossen hat. Selbst wenn wir später auf diesen und anderen Gebieten die formale Gleichberechtigung erreicht haben, verbürgt uns die freie Bahn für den Aufstieg keineswegs die Erreichung des Zieles. Die Arbeiterschaft wird dieses nur nach jahrzehntelanger, härtester Anstrengung erringen. Und das ist gut so. Was dem Menschen mühelos in den Schoß fällt, wird nie genügend gewertet und gegen Angriffe verteidigt. Es geht allzuleicht wieder verloren. Das haben wir stets, insbesondere jedoch bei vielen Revolutions-Errungenschaften erlebt.

Wir verwerfen übertriebenen staatlichen Zwang und jede unangebrachte Bevormundung, weil sie zur Unfreiheit und zur Schwächung des Selbstbewusstseins führen. Andererseits muß die Freiheit des Einzelnen wie der Interessengruppen ihre Grenzen finden an der Freiheit und dem Wohle der Gemeinschaft. Auf dem Boden der christlichen Sittenordnung stehend, und deshalb bei entschlossenster Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen das Wohl der Allgemeinheit beachtend und fördernd, hat unsere christliche Gewerkschaftsbewegung stets die richtige Linie eingehalten. Kein vorurteilsfreier Beobachter wird unserer Bewegung streitig machen, daß sie besonders in der Nachkriegszeit in vorbildlich uneigennützigster Weise dem Allgemeinwohl mit allen Kräften gedient hat. Für eine solche Politik der Rücksichtnahme auf das Allgemeinwohl können sich die großen Arbeitermassen noch nicht erwärmen. Das ist verständlich in einem Lande, wo seit mehr als einem Menschenalter Klassenhaß und Klassenkampf von unten gepredigt und von oben praktiziert werden, wo sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete die aufeinander angewiesenen Gruppen in steter Beargwöhnung und Kampfstellung gegenüberstehen. In einer solchen Atmosphäre kalten, heidnischen Hasses kann kein wahres Gemeinwohl gedeihen. Diese Pflanze benötigt den warmen Sonnenstrahl christlicher Nächstenliebe.

Da die Gegenläufe hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, sind hier vor allem die größten Anstrengungen zur Erreichung eines verständnisvollen, verantwortungsbewußten Zusammenwirkens der einzelnen Träger unserer Wirtschaft zu machen. Dringender als eine europäische oder eine Weltwirtschaftskonferenz, wichtiger als alle internationalen Verständigungsbestrebungen ist für das deutsche Volk die Ueberbrückung der großen Gegensätze im Wirtschafts- und Sozialleben. Von außen her ist das Ziel nicht zu erwarten. Das deutsche Volk muß sich selbst aus dem Glend herausarbeiten, muß zunächst durch äußerste Kraftanstrengung auf allen Gebieten die Notzeiten zu überwinden suchen. Ein wirtschaftlich gesundes und starkes Deutschland erhält dann von selbst wieder Weltgeltung. Ein innerlich zerrissenes, uneiniges Volk, dessen Wirtschaft krank ist und dessen Vertreter vor den Geldverleihern und politischen Machthabern anderer Länder als Bettler erscheinen, wird stets als minderwertig und als Ausbeutungsobjekt behandelt. Alle Volkskreise, die den wirtschaftlichen wie den politischen Aufstieg ernstlich wollen, sollten sich deshalb zunächst die Frage beantworten, was sie zu leisten haben, um diesen Aufstieg zu erzwingen. Und diese Frage erhebt auch Antwort von unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Wir christlichen Gewerkschafter sind uns klar darüber, daß die Wohlfahrt des Arbeiterstandes nicht in erster Linie zu erreichen ist auf Kosten anderer sozialer Schichten. Bei der steigenden Waffe der Lohnempfänger auf der einen und der klein gewordenen Gruppe Begüterter auf der anderen Seite sind nur noch geringe Ausgleichs in der Verteilung vorhandener Vermögen möglich. Die Frage einer gerechten Verteilung des Produktionsertrages ist äußerst wichtig, und die Gewerkschaften wenden ihr fortgesetzt größte Aufmerksamkeit zu. Wichtiger noch ist die Aufgabe einer höchstmöglichen Produktionsleistung und Ertragssteigerung.

Jede produktive Leistungssteigerung läßt sich auswerten in geringere Verkaufspreise oder höhere Löhne oder auch in beides. Das bedeutet größere Aufnahmefähigkeit und bessere Lebenshaltung für die Massen. Die entscheidende Frage ist deshalb: Wie bringen wir die Lohn- und Gehaltsempfänger zur freudigen Anspannung aller Kräfte im Dienste ihres eigenen wie des Gemeinwohles? Antwort: Indem wir die Arbeitnehmer zu gleichberechtigten, aber auch gleichverantwortlichen Mitleitern und Mitbesitzern der Wirtschaft machen. Hier liegt insbesondere für Deutschland mit seiner Klassenkampfatmosphäre und der in weiten Arbeiterschichten stark verbreiteten sozialistischen und kommunistischen Ideologie das Kernproblem der künftigen Wirtschaftsentwicklung. Solange man den Arbeiter nur als Objekt der Wirtschaft behandelt, ihn vielfach geringer merket und schlechter behandelt als die Maschine, solange der alte Kasernenhaß gegenüber diesen Arbeitern im Betriebe beliebt wird, solange die soziale Rückständigkeit bei uns Mode bleibt, ist eine Gesundung nicht zu erwarten. Mag man amerikanische Produktionsmethoden übernehmen, sie müssen und werden verfallen, wenn der Geist gegenfeitiger Achtung und Wertung, der

Geist des Vertrauens und des Verantwortungsbewußtseins fehlt. Man gebe dem Arbeiter die Gewähr, daß ihm und seinen Standesgenossen die Früchte seines Fleißes nicht gestohlen werden, daß er gleichberechtigt bei der Leitung der Wirtschaft mitwirken kann, daß seine Leistungen für das Volksganze gebührende Wertung und Anerkennung finden, und der deutsche Arbeiter wird bei entsprechenden technischen und organisatorischen Produktionsrichtungen mindestens die gleiche Leistungsfähigkeit zeigen wie der Arbeiter der Vereinigten Staaten. Gehört doch dort der deutsche Arbeiter gerade in der Qualitätsindustrie zu den geschäftesten.

## Die Mitleitung

In der Wirtschaft ist den Arbeitnehmern zwar in der Reichsverfassung zugesichert, doch haben weder die sozialistischen noch die bürgerlichen Regierungen das notwendige Verständnis und Pflichtgefühl zur Erfüllung dieser Besprechen gebracht. Mit einem unvollkommenen, von den Unternehmern auf Anweisung ihrer Verbandsleitungen sabotierten Betriebsrätegesetz und einem durch Verjagung der Mittel in seiner Tätigkeit engstens eingeschränkten vorläufigen Reichswirtschaftsrat kann sich die Arbeiterschaft keineswegs zufrieden geben, wo sie nach der Verfassung berufen sein soll, „bei der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ Einflußreiche Unternehmerkreise haben sich bisher erfolgreich bemüht, die Arbeiternehmer von dieser Mitwirkung fernzuhalten. Die fortgesetzten Angriffe in Industrie- und Handelskammern, in Denkschriften und Eingaben der großen und kleinen Verbände, sowie in hunderten von Zeitungsartikeln auf das Betriebsrätegesetz, und die Entwürfe zu einem Gesetz über den Reichswirtschaftsrat legen Zeugnis ab von einem erschreckenden Mangel an wirtschaftlichem Weitblick und sozialem Verständnis führender Unternehmerkreise. Ebenso unverständlich bleibt die Haltung der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften. Es drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Haben die Arbeiterabgeordneten ihren ganzen Einfluß richtig ausgenutzt, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaftsleitung sicherzustellen? Der Ausbau des Betriebsrätegesetzes, die paritätische Zusammenfassung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern, die Schaffung guter bezirklicher Wirtschaftsräte und des endgültigen Reichswirtschaftsrats ist für die Arbeitnehmer sowie für eine gesunde Fortentwicklung der Wirtschaft weit wichtiger als die Behandlung und Lösung mancher politischer Streitfragen, bei deren Erörterung man sich die Köpfe schlägt und das ganze Volk in Bewegung setzt. Die Arbeiterschaft kann eine zeitlang leichter verzichten auf andere von ihr erstrebte soziale Verbesserungen, als auf die Schaffung jener Organe, die ihr einen Einblick in die Wirtschaft und den Einfluß auf die Zukunftsgestaltung derselben ermöglichen. Solange die Landwirtschafts-, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern einseitig Unternehmerinteressen vertreten, und in diesem Sinne als öffentlich-rechtliche Organe Regierungen- und Verwaltungsstellen bis herunter zum letzten Bürgermeister in allen Fragen der Wirtschaft, Zoll-, Steuer- und Sozialpolitik beeinflussen, wirkt dieser Einfluß für die Arbeitnehmer unheilvoller wie jener der freien Arbeitgeber- und Unternehmerverbände. Die vorgelebene große Wirtschaftsenquete muß wieder zu einseitig falschen Ergebnissen führen, solange die Berufskammern in ihrer einseitigen Zusammenfassung das Material dazu liefern. Sätten diese Kammern in verantwortungsbewußter Weise ihre Pflichten erfüllt und die Wirtschaft durchleuchtet, mühten wir längst unternommen über die Produktionsverhältnisse in allen Wirtschaftszweigen, wie über die Absatzverhältnisse auf dem Innnenmarkt. Anstatt auf diesem Gebiete ihre vornehmsten Aufgaben zu erfüllen, wehren sich die Wirtschaftskammern gegen alle Maßnahmen zur Durchleuchtung der Wirtschaft und mißbrauchen ihre Stellung zur Stärkung der sozialen Reaktion. Durch Herbeiführung der paritätischen Zusammenfassung Wandel zu schaffen, darf der Arbeiterschaft keine Mühe und kein Opfer zu groß sein. Sollten wir wieder, wie auf dem Kongress in Essen, zur Wahl eines parlamentarischen Aktionsausschusses schreiten, so dürfen wir demselben dieses Gebiet als ein außerordentlich wichtiges und dankbares für seine Beratungen und Aktionen empfehlen.

Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat bereits am 6. Dezember 1922 die paritätische Zusammenfassung und Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern für Handel und Industrie, Landwirtschaft und Handwerk gefordert. Geschehen ist bisher nichts. Und ohne einen starken Druck unserer Arbeiterabgeordneten wird die Reichsregierung weder das notwendige Rahmengerüst schaffen, noch werden die Landesregierungen für unsere Forderungen zu haben sein. Die Gleichberechtigungsbestrebungen der Arbeiterschaft sind nicht zu erfüllen mit der Verleihung von Rechten an die Arbeiterführer, wie dies anscheinend die bayerische Regierung geglaubt hat. Wenn unsere bayerischen Freunde die ihnen zugebachtete Ehre abgelehnt haben, weil sie eine ganz andere Auffassung vertreten über die praktische Durchführung der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des Arbeiterstandes, so finden sie dafür bei der Arbeiterschaft volles Verständnis.

Auf dem letzten Kongress in Essen und auf der Jubiläumstagung in Köln hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften laut und energig die Forderung nach einer geordneten Wirtschaftsververtretung der Arbeiterschaft in den öffentlich-rechtlichen Berufskammern, in zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräten und im endgültigen Reichswirtschaftsrat erhoben und eingehend begründet. Ebenso hat der Deutsche Gewerkschaftsbund wiederholt seine Willensmeinung hierzu kundgetan, so auf der letzten Herbsttagung in Saarbrücken. Eine nochmalige eingehende Begründung dieser Forderungen erübrigt sich deshalb. Es sei jedoch festgestellt, daß wir seit Essen nicht vorwärts gekommen sind.

## Dem Reichswirtschaftsrat

hat die Regierung durch Verjagung der Mittel die Möglichkeit zu einer umfassenden, fruchtbaren Betätigung genommen. Trotzdem hat er auf manchen wichtigen Gebieten Gutes leisten können. Das hat ihm der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in seiner Reichstagsrede vom 19. März 1926 beifügt. Er sagt unter anderem: „Die Reichsregierung jedenfalls legt größtes Gewicht auf seine (des Reichswirtschaftsrats) Mitarbeit und hat vor allem bei der Steuer- und Zollgesetzgebung des vergangenen Jahres wertvolle Hilfe an ihm gehabt. Es ist notwendig, daß der Ministerien ein Gutachterorgan zur Seite steht, in welchem in geordnetem Verfahren die Sachverständigen und Interessenten jeweils zu Gehör und in Beschreiden kommen. Daneben darf nicht die große allgemeine Bedeutung eines Organs wie des Reichswirtschaftsrats verkannt werden, die darin liegt, daß die in ihm vereinigten Wirtschaftskreise sich genötigt sehen, ihre Privatinteressen mit der Richtung auf das Wohl der Allgemeinheit zu begründen und damit von selbst allmählich dazu gelangen, sie in den Rahmen der Volkswirtschaft einzupassen. Mit Recht wird weiter hervorgehoben, daß der Reichswirtschaftsrat nach der Zerstückelung der Zentralbetriebsgemeinschaften und der fortwirkenden Unsicherheit über die Bildung von paritätischen Erfahrungsorganen gewissermaßen den letzten Tisch darstellt, an dem sich die beiden großen Gruppen der Unternehmer und Arbeitnehmer zum Ausgleich der Gegensätze und zu gemeinsamer Arbeit an der Wirtschaft zusammenfinden können.“

Sowohl der Minister. Sein auf praktischen Erfahrungen gegründetes Gutachten wiegt schwerer als die üblen Kritiken der Industrie- und Handelskammern im rheinisch-westfälischen Industriegebiete auf der Essener Tagung.

Wenn die Zusammenfassung wirtschaftlicher Interessengruppen und die paritätische Zusammenfassung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einer volkswirtschaftlichen Behandlung der Wirtschaftfragen und zur Zurückstellung der Privatinteressen hinter das Allgemeinwohl führen, so sind dies durchschlagende Gründe für unsere Forderungen auf paritätische Zusammenfassung der Berufskammern.

Wir erwarten, daß die Hoffnung des Ministers auf baldige Verabschiedung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat noch im Laufe dieses Sommers in Erfüllung geht. Ein einzelnes Spitzenorgan genügt jedoch nicht. Der Reichswirtschaftsrat muß seine Verankerung finden in einem gesunden Unterbau von Bezirkswirtschaftsräten. Ohne solche, den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete und Wirtschaftsgruppen anzupassenden Organe, kommen wir nicht zu der notwendigen Durchdringung und Förderung der Gesamtwirtschaft. Anstatt in großzügiger Weise einen richtig gegliederten Aufbau der ganzen Wirtschaftsorgane zu schaffen, bringt der Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat nur ein höchst unvollkommenes Stützgerüst. In solchen Halbheiten krankt unsere Gesetzgebung fast auf allen Gebieten. Solchen Flickwerks wird keiner froh.

Eindruck ist zu erheben gegen die beabsichtigte Degradierung des Reichswirtschaftsrats zu einem abhängigen Beirat der Ministerien. Er kann seine Aufgaben nur erfüllen, wenn Selbstständigkeit, Selbstverwaltung und initiativ Betätigungsmöglichkeit in allen wichtigen Angelegenheiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik sichergestellt sind. Dasselbe gilt für die zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte.

Eindruck ist ferner zu erheben gegen die Absicht, den Unternehmereinfluß im Reichswirtschaftsrat stärker zu gestalten durch ungebührliche Verstärkung der Abteilung III oder gar Anhängung einer IV. Abteilung, die den Einfluß der Regierung stärken soll. Wenn der Reichsrat seinerzeit für die Abteilung III fast nur ausgesprochene Arbeitgebervertreter ernannt hat, so darf man sich über ein starkes Mißtrauen und den Widerstand der Arbeitnehmer nicht wundern. Auch in der Abteilung III ist eine unparitätische, parteiische Zusammenfassung zu vermeiden. Vor allem fordern wir in dieser Abteilung eine stärkere Vertretung der Verbrauchergemeinschaften. Dies sind unsere wichtigsten Forderungen. Die zur Verfügung stehende Zeit gestattet nicht, auf weitere Einzelheiten des Entwurfs näher einzugehen.

Wir erwarten von der Regierung wie vom Reichstage Beachtung und Berücksichtigung unserer Forderungen. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstage mögen denselben kräftigen Nachdruck verleihen.

Unser Verlangen läuft nicht hinaus auf eine Privilegierung oder auch nur Bevorzugung der Arbeiterschaft. Die erstrebte gleichberechtigte Eingliederung in Berufskammern und sonstige öffentlich-rechtliche Wirtschaftsorgane kann man der stärksten Volksschicht nicht verweigern. Die deutsche Regierung fordert die Gleichberechtigung und Gleichwertung Deutschlands im Völkerbund. Wir unterstützen diese durchaus berechtigte und selbstverständliche Forderung. In nicht die gleichberechtigte und gleichwertige Eingliederung der Arbeitnehmer in unsere Wirtschaft ebenso berechtigt und selbstverständlich? Will man die Arbeiterschaft entsprechend ihrer Bedeutung als Produzent, Verbraucher und Träger öffentlicher Lasten berücksichtigen — eine sicher nicht unberechtigte Forderung — so würde man ihr weit über den Rahmen der formalen Parität hinaus entsprechenden Einfluß einräumen müssen. Vielleicht sind wir Arbeitnehmer bisher zu bescheiden gewesen, anderen Interessengruppen ist eine solche Bescheidenheit fremd.

Mit der Durchführung der gleichberechtigten Eingliederung ist der Arbeiterschaft jedoch nur der Weg freigemacht zum weiteren Aufstieg zur Standardwertung. Der Weg selbst ist auch dann noch steil und äußerst beschwerlich, das Ziel nur mit Anspannung aller Kräfte zu erreichen. Vor allem muß sich die Arbeiterschaft mit einem guten Nützzeug betriebswirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Kenntnisse versehen, um die deutsche Wirtschaft und das deutsche Vaterland besseren Zeiten entgegenzuführen. Unsere christlichen Gewerkschaften wie die konfessionellen Standesvereine haben deshalb besonders auf den Gebieten der Arbeiterschulung große, verantwortungsvolle Aufgaben.

Für einen unbefangenen Beobachter ist es kaum verständlich, daß sich die deutsche Arbeiterschaft dazu drängen muß, an der Fortentwicklung und Mitleitung der Wirtschaft verantwortlich teilnehmen zu dürfen. Eine weitausschauende Unternehmerschaft hätte längst aus eigener Initiative heraus-Einrichtungen schaffen helfen, um die positiven Kräfte der Arbeiterschaft nutzbar zu machen zur Förderung der Einzelunternehmungen wie der Gesamtwirtschaft. Freiwillig geschaffene Selbstverwaltungskörper würden ohne Zweifel ganz anders gewertet und eine viel freudigere Hingabe an die große Sache herbeiführen.

Wie rückständig und kurzfristig einflussreiche Unternehmergruppen sind, dafür ein Beispiel aus letzter Zeit: Aus der Außenhandelskontrolle auf dem Textilgebiet wurden mehrere Millionen Mark erübrigt. Die Arbeitnehmervertreter der Außenhandelsstelle wollten diese Summe zur Förderung der deutschen Textilindustrie nutzbar machen. Ein paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzter Verwaltungsrat soll an allen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und fachlichen Fragen mitarbeiten, die eine Förderung der deutschen Textilwirtschaft bezwecken. Die Zinsen der Stiftung sollen insbesondere dienen zur Gewährung von Unterstüßungen an Forschungsanstalten, Fach- und Hochschulen, sowie für erfolgversprechende Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Textilindustrie. Gegen diesen ganz vernünftigen Plan haben eine Anzahl von Handelskammern, darunter recht bedeutende, wie z. B. die von Frankfurt am Main, energig Protest erhoben, und zwar hauptsächlich auf Betreiben von Vertretern des Großhandels. Der Plan wird trotz dieses Widerstandes verwirklicht, weil einflußreiche Textilunternehmer sich trotz aller Angriffe aus dem Unternehmerlager mit für denselben einsetzten. Auf solche Art könnte durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Unternehmern dem einzelnen Industriezweig wie der Gesamtwirtschaft erfolgreich gedient werden. Unsere alte Forderung auf Bildung von paritätisch-zusammengesetzten Selbstverwaltungskörpern erheben wir deshalb hiermit erneut. Die marxistische Klassenkampfdoktrin wird bestimmt nicht überwunden durch das Herr-im-Haufe-Spiel scharfmacherischer Unternehmer und Direktoren. Ideen und selbst Ideologien lassen sich nicht mit Nachmitteln überwinden. Der Idee des Klassenkampfes ist die Idee der Verständigung auf dem Boden der Gleichberechtigung entgegenzustellen.

In der dargelegten Weise wollen die christlichen Gewerkschaften verantwortungsbewußt und freudig mitarbeiten zur Erreichung einer höchstmöglichen Steigerung der Produktion und des Produktionsertrages. Wer sie daran hindert, verständigt sich nicht nur an der Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, sondern am Wohle der Wirtschaft und des ganzen deutschen Volkes.

### Der Mitbest.

Wir kommen zur Frage des Mitbestes. Hier liegt das tiefste Problem der sozialen Frage. Das Ausmaß der Mitbestimmung der Wirtschaft wird für die Arbeiter letztlich bestimmt vom Maß des Mitbestes. Wer das Kapital, insbesondere das Betriebskapital zur Verfügung stellt, dirigiert das Unternehmen. So bestimmen in den meisten und insbesondere in den größeren Unternehmen in den wichtigsten Fragen nicht etwa die Direktoren oder der Generaldirektor, sondern die Banken. Das Schiff der hochkapitalistischen Wirtschaft wird von der Hochfinanz gesteuert. Selbst der einzelne, alleinige Besitzer eines Unternehmens muß sich der Kontrolle und den Weisungen der kreditgebenden Banken fügen.

Bei dem durch die Wirtschaftsentwicklung gesteigertem Kapitalbedarf werden die Unternehmen einzelner Personen immer mehr verdrängt durch die gesellschaftliche Unternehmungsform. So stieg in Deutschland von Ende 1913 bis 1925 die Zahl der Aktiengesellschaften von 7500 auf 15 000, die der G. m. b. H. von 35 000 auf 73 000. Die Konzentration des Kapitals macht stets weitere Fortschritte, insbesondere durch die Bildung von Kartellen, Konzernen und Trusts, von denen einzelne sich bereits über die wichtigsten Industriezweige erstrecken. Der steigende Kapitalbedarf liefert insbesondere unsere kreditfuchende deutsche Industriewirtschaft immer mehr der internationalen Hochfinanz aus. Heute schon haben die ausländischen Geldverleiher auf die Leitung der deutschen Wirtschaft einen weit größeren Einfluß als alle deutschen Arbeiter zusammen genommen. In steigendem Maße bestimmt die kreditgebende Bank, und zwar auch die ausländische, über die Produktion und den Absatz deutscher Unternehmen, über die Aufrechterhaltung oder Stilllegung von Betrieben, über Weiterbildung oder Entlassung von tausenden deutscher Arbeiter und damit über die Existenz deren Familien. Für ein freistehendes Volk ein unerträglich und unhaltbarer Zustand. Staatspolitische Klugheit und wirtschaftlicher Weitblick sollten angesichts dieser Entwicklung den deutschen Unternehmer und die Reichsregierung veranlassen, den deutschen Arbeitern ein starkes Recht der Mitbestimmung und Mitleitung in der Wirtschaft einzuräumen, sie zu einem starken Bundesgenossen zu machen. Das wäre wirklich national gehandelt. Angesichts dieser Entwicklungstendenzen sollte sich jedoch endlich auch die deutsche Arbeiterschaft, als der zunächst und am härtesten betroffene Volksteil, von der Notwendigkeit der Erlangung starker Wirtschaftsmacht überzeugen lassen. Ihn kann und wird eine rein vom Profitstreben getriebene Kartellpolitik doppelt treffen, und zwar als arbeitenden Lohnempfänger durch ungünstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie als letzten Verbraucher durch eine ungeliebte Preispolitik.

Und die Gewerkschaften werden gleichfalls ihre Mittel und Methoden den sich fortschreitend entwickelnden Verhältnissen anpassen haben. Großen Kartellen und Trusts gegenüber werden sie auf die Dauer mit kluger Taktik und starken Streikaktionen allein wenig ausrichten. Der Gehel zur wirklichen Interessensvertretung der Arbeiterschaft ist an verschiedenen Stellen anzusehen. Je schneller und stärker die Arbeiter die Warenherzeugung und -Verteilung durch eigene Unternehmen wie durch bestimmenden Einfluß auf andere Unternehmen zu beeinflussen vermögen, um so größer werden sich nicht nur die gewerkschaftlichen, sondern auch die gesamten wirtschaftlichen und selbst auch die parlamentarischen Erfolge gestalten. Wirtschaftliche Machtfaktoren bestimmen nämlich trotz unseres demokratischen Wahlrechts auch heute noch Gesetzgebung und Regierung in starkem Maße. Das sollten vor allem jene einseitig politisch eingestellten Führer stärker berücksichtigen, die alles Heil vom Parlament erwarten. Das Wort „Geld regiert die Welt“ gilt heute mehr als je.

Für ein Arbeitervolk, das sich in jahrzehntelangem, hartem Ringen die politische Gleichberechtigung erkämpft hat, ist der wirtschaftliche Absolutismus erst recht unerträglich. Die stets steigende Masse der reinen Lohn- und Gehaltsempfänger bündelt sich gegen den Gedanken, ihr Wohl und Wehe einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Geldmenschen überantwortet zu sehen, die getrieben ist vom Profit- und Machtstreben. Wer deshalb den Weg einer vernünftigen Umgestaltung der Wirtschaft verperrt und die Arbeiterschaft daran hindert, durch verantwortungsbewußten Mitbest zur Mitbestimmung ihres Schicksals zu gelangen, darf sich nicht beklagen, wenn Deutschland durch kommunistische Methoden ins Verderben gestürzt wird. Wir ist nicht die Aufgabe gestellt, allen Problemen der Mitbestimmung nachzugehen. Zur Erforschung derselben hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine besondere Studien-Kommission eingesetzt, der es gelingen möge, alle aussichtsreichen Möglichkeiten ausfindig zu machen und klare Richtlinien über Wege und Ziele unserer Bestrebungen aufzustellen. Nach solchen hundert die Arbeiterschaft förmlich. Die Arbeitermassen lassen sich nicht geminnen, wenn man ihnen nur das Falsche des sozialistischen und kommunistischen Zielstrebens vorstellt. Sie wollen gangbare Wege gezeigt haben zu einem erreichbaren Ziel. Ein Weg ist der,

#### durch Selbsthilfe in den Mitbest des Kapitals

zu gelangen. Durch dieses Streben nach Mitbest erkennen wir die Notwendigkeit des Kapitals an, und zwar auch des Betriebskapitals. Dieser Mitbest läßt sich nicht erreichen durch Aufstellung von Forderungen. Wir müssen zunächst versuchen, als Gebende Kapital in die Produktion hineinzubringen. Ist das möglich bei der derzeitigen Benachteiligung unseres Volkes? Diese Frage ist unbedingt mit „ja“ zu beantworten. Es können zunächst in Betracht die Ersparnisse des Einzelnen. Im Jahre 1913 waren in den öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen 20 Milliarden Mark an Spargeldern vorhanden. Dazu kommt das Vermögen der Genossenschaften, das gleichfalls hauptsächlich von Arbeitern stammt. Im den Wert dieser gewaltigen Summen richtig einzuschätzen, sei erwähnt, daß im Jahre 1913 das in Aktien- und Kommanditgesellschaften auf Aktien angelegte Kapital bei 5483 Gesellschaften etwas über 17 Milliarden Mark betrug. Die von den Arbeitnehmern angebrachten Spargelder dürften mindestens die gleiche Summe ausgemacht haben.

Die Verwendung der beiden Kapitalgruppen war jedoch eine verschiedene. Während die Spargelder des kleinen Mannes durch die Sparkassen zumeist in Hypotheken oder in Staatsanleihen angelegt waren, hatte das Großkapital die Effekten in Händen. Die Spargroschen brachten wenig Gewinn und sind durch die Inflation fast vollständig verloren gegangen. Dagegen hat der Substanzverlust des Großkapitals verhältnismäßig wenig gelitten. Das Großkapital hatte einen bestimmenden Einfluß auf fast allen Gebieten. Die Gläubiger der Sparkassen jedoch nicht.

Wenn auch geringe Löhne, hohe Lebenshaltungskosten und ein vermindertes Sparvermögen noch keine Spargewohnheiten wie in der Vorkriegszeit geben, so zeigt das Anwachsen der Sparsparnisse, wie der gesunde Spartrieb des deutschen Volkes wieder lebendig wird und Gelder erübrigt werden. Anfang 1924 betragen die Sparsparnisse bei den Sparkassen rund 100 Millionen Mark. Ende 1925 dagegen schon wieder 15 Milliarden Mark. Schon wegen des Kapitalmangels wie aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen muß die Sparsparnisse weiter gefördert werden. Es wäre jedoch falsch, die Spargelder des kleinen Mannes den Kommanditgebern zu einem niedrigen Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung der Kredite für Staat, Gemeinden und Hypotheken muß in Zukunft das Großkapital stärker herangezogen werden. Die Spargroschen der Arbeiter sind vornehmlich der Stärkung des Einflusses in der

Wirtschaft dienlich zu machen. Als Instrument hierzu wurde auf Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses in Essen die

### Deutsche Volksbank

gegründet, deren Aufgabe wesentlich andere sind als die der allgemein üblichen Bankunternehmungen.

Erste Aufgabe ist die Finanzierung aller von der Arbeiterschaft errichteten Wirtschaftsunternehmungen, insbesondere der Konsum- und Produktionsgenossenschaften. Die Arbeitergroßen gehören zunächst in die Arbeiterunternehmungen. Und es zeugt von einem wachsenden Verständnis für diese Bestrebungen, wenn dem Kongress eine ganze Anzahl Anträge vorliegen, die alle der Förderung unserer Wirtschaftsmacht und der Stärkung der eigenen Unternehmen dienen wollen.

Wie für den einsichtigen Genossenschaftler nicht in erster Linie die Höhe der Rückvergütung, sondern die Güte und Preiswertigkeit der Waren, die Preisregulierung durch die fortschreitende Ausschaltung überflüssiger Glieder in Verteilung und Erzeugung entscheidend sein muß, so darf auch der Sparer bei der Anlage seiner Gelder sich nicht allein leiten lassen von der Höhe des Zinsfußes. Für den Sparer wie für die Volksgesamtheit ist die Verwertung des zusammengetragenen Sparguthabens im Sinne unserer Bestrebungen von entscheidender Bedeutung. Entweder wird das Sparguthabens für oder gegen die Arbeiter- und Verbraucherinteressen verwandt. Das muß dem Arbeiter stets aufs Neue eingehämmert werden, damit er seine Spargroschen der Volksbank zur Verfügung stellt.

Wie zur Zeit trotz der schlechten Geschäftslage in Arbeitnehmerorganisationen und Genossenschaften gespart wird, dafür einige Zahlen:

Die Deutsche Volksbank verfügte Ende März auf 4570 Sparkonten über einen Bestand von 2 327 000.— M an Spargeldern. Im Monat März betrug die Einzahlungen M 351 000.—, die Auszahlungen M 213 000.—.

Die Sparkasse des Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaftsverbandes verfügte am 1. Januar 1924 über einen Einlagebestand von M 2066.—. Dank einer großzügigen Werbetätigkeit unter den Mitgliedern konnte der Bestand bis 31. Dezember 1925 auf 6 219 093.— M gesteigert werden. Das Durchschnittsguthaben eines Sparers betrug M 292,84. Auf jedes 9. reichsdeutsche Mitglied entfiel ein Sparbuch. Die Zahl der Sparkonten ist beim D.V. viermal so hoch als bei der Deutschen Volksbank. In den ersten drei Monaten dieses Jahres war eine Zunahme der Sparsparnisse von je 500—600 000 M zu verzeichnen, so daß sich bei entsprechender Fortentwicklung bis Ende des Jahres der Bestand an Sparguthaben auf über 13 Milliarden M stellen dürfte. Dieser anerkennenswerte Erfolg ist neben der Einfachheit weitestverbreiteter insbesondere der unermüdbaren Werbetätigkeit der Vertrauenspersonen des D.V. zu verdanken.

Die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine u. V. angeschlossenen Vereine verfügten Ende 1925 über 8 Millionen M an Spargeldern.

Eine außerordentlich günstige Entwicklung haben die Gewerkschaftsbanken in den Vereinigten Staaten von Amerika genommen. Im Mai 1920 wurde die erste Bank eröffnet. Bis November 1925 haben die Arbeiterorganisationen 34 Banken zum Teil neu errichtet, zum Teil durch Erwerb der Aktienmehrheit unter ihre Kontrolle gebracht. Das Eigenkapital dieser Banken betrug annähernd 110 Millionen Dollar, das sind über 450 Millionen Mark. Durch diese Banken ist es den beteiligten Gewerkschaften gelungen, Eisenbahngesellschaften und auch sonstige Großunternehmen unter ihren bestimmenden Einfluß zu bekommen.

Wir haben uns zu sehr daran gewöhnt, nur die wenigen Milliardäre und die Wolkenkruzer zu sehen. Diese verkörpern nicht das wirkliche Amerika. Der gewaltige Reichtum in den Vereinigten Staaten ist nicht in den Händen der wenigen Milliardäre, sondern der breiten Volksschichten. Darüber einige Angaben: Dort stieg die Zahl der Aktionäre von 4,4 Millionen im Jahre 1900 auf 14,4 Millionen in 1923. Die Hälfte allen Aktienkapitals ist in den Händen der sogenannten kleinen Leute. Die Zahl der Sparkonten erhöhte sich in einem Jahrzehnt von 12,6 auf 30,3 Millionen. Bei den Lebensversicherungen liefen 1922 bereits über 30,3 Milliarden Versicherungen. Etwa die Hälfte aller Familien besitzt eigene Häuser, und zwar meist schuldenfrei. So fließt in Amerika der Arbeitsertrag in steigendem Maße den Arbeitnehmern zu. Auf diese Weise werden Arbeitslust und Schaffensfreudigkeit wesentlich wirkungsvoller gesteigert als durch Konsummaßnahmen und Antreibesysteme.

Leider haben es die amerikanischen Arbeiter noch nicht verstanden, die Interessensvertretung ihres Aktienbesitzes wie ihrer Sparguthaben gut zu organisieren. Ein falscher Individualismus hat bisher die Zusammenfassung und einheitliche Vertretung dieser Wirtschaftsmacht stark behindert. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß fast jede Gewerkschaft ihr eigenes Bankunternehmen aufzieht. Die Notwendigkeit eines „geren Zusammenflusses und einheitlichen Zielstrebens wird jedoch von den Führern erkannt und den Arbeitermassen in steigendem Maße zum Bewußtsein gebracht. Durch eine gut organisierte, systematische, im Arbeitnehmerinteresse betriebene Anwendung der heute schon vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel wäre eine weitgehende Kontrolle und entscheidende Beeinflussung der meisten Unternehmen möglich.

Die Zentralbank der englischen Genossenschaften in Manchester, der die verfügbaren Gelder der Konsumvereine wie der Gewerkschaften zuließen, hatte 1924 einen Jahresumsatz von 19 Milliarden Mark. Zur Zeit planen die englischen Genossenschaften die Errichtung einer besonderen Gewerkschaftsbank, die den gleichen Zwecken dienen soll wie unsere Deutsche Volksbank.

Wie auf dem Gebiete der rationalen Produktion können wir deutsche Gewerkschaftler auch auf diesem Gebiete von den Amerikanern lernen. Gewiß stehen dort bei viermal so hohen Löhnen größere Beträge zur Verfügung als bei uns, trotzdem kann die deutsche Gewerkschaftsbewegung für eigene Bankunternehmungen weit größere Mittel zur Beeinflussung der Wirtschaft erwringen, wenn nur allseitig die notwendige Einsicht und etwas mehr Wagemut zu finden wäre.

Ohne Zweifel wird auch in Deutschland die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zukunft von jenen Gewerkschaften am wirkungsvollsten zu beeinflussen sein, die neben starken Kampfmitteln ausreichende Mittel zur Verfügung haben, um in die Wirtschaftsunternehmungen einzudringen. Es darf in absehbarer Zeit keine Aktiengesellschaft in Deutschland geben, von der nicht Aktien im Besitze der Gewerkschaften sind. Doch erscheint es nicht ratsam, jedem einzelnen Verbände den Erwerb und Verkauf dieser Aktien in eigener Verantwortung zu überlassen. Auf diesem Gebiete ist eine sachmännliche Beratung unbedingt geboten. Als Sachverwalter und Treuhänder muß die Volksbank dienen.

Die außerordentlich ungünstigen Verhältnisse konnten die Löhne der Volks auf 414 Millionen im letzten Jahre gesteigert werden. Ende März waren rund 400 Spargeldannahmestellen vorhanden, die jedoch noch nicht alle ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Von weit über 500 Sparkassen der christlichen Genossenschaften haben leider nur 20 Spargeldannahmestellen übernommen. Ebenso stehen noch viele Kartelle dieser Einrichtung ungenutzt gegenüber. Ohne eine ganz umfassende Werbetätigkeit der leitenden Personen ist ein solcher Erfolg jedoch nicht zu erwarten. Die Leitungen unserer Verbände sollten sich dieser Aufgabe in verstärktem Maße annehmen. Jede Zerstückelung ist von Gehel. Wenn auch der Mitbest in fremden Wirtschaftsunternehmungen vornehmlich brennweise zu gestalten ist, so sollte

die Sammlung und Zusammenfassung der Gelder zentral gehalten werden. Es wird nicht jedem Verbandsmitglied möglich sein, sich wichtige Wirtschafts- und Finanzsachverständige zu halten, um die Gelder am vorteilhaftesten und zweckdienlichsten anzulegen, dagegen ist es nicht schwer, solche in einem leistungsfähigen, zentralen Bankinstitut anzustellen. Die Bank soll gewissermaßen die Treuhänderorganisation der Gewerkschaften und Wirtschaftsunternehmungen bilden. Für die sichere Anlage der Gelder ist unbedingt Sorge zu tragen, und dürfen spekulative Risiko-geschäfte unter keinen Umständen getätigt werden. Die beste Gewähr für eine sichere Anlage der Gelder bietet eine Bankleitung von erprobten, mit der Bewegung fest verwachsenen vertrauenswürdigen Sachleuten. Solche stehen heute als Direktoren in der Leitung der Volksbank.

Die Stärkung der mit unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung eng verbundenen Verbraucher- und Produktionsgenossenschaften ist eine weitere Aufgabe, der sich alle Gewerkschaftler widmen sollen. Hier kommen zunächst in Betracht die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine u. V. angeschlossenen Vereine. Die Zahl dieser Vereine beträgt zur Zeit 320, in denen 682 000 Familien zusammengefaßt sind. Der Gesamtumsatz belief sich im Jahre 1925 auf ca. 130 Millionen Mark. An Rückvergütung wurden über 9,5 Millionen Mark ausgeschüttet. In rund 2000 Verkaufsstellen merben über 5000 Personen beschäftigt.

Die dem Reichsverband angeschlossenen Vereine haben sich in der Großkauf- und Produktionsaktiengesellschaft „Gepag“ das Instrument zum gemeinsamen Wareneinkauf sowie zur Errichtung und dem Betrieb eigener Produktionsstätten geschaffen. Die Gepag verfügt über moderne Fleischwaren-, Seifen-, Zigaretten- und Tabakfabriken, Kaffee- röstereien und Buchdruckereien. Obgleich die meisten Betriebe erst im letzten Jahre eröffnet wurden, betragen die Umsätze im Jahre 1925 rund 31 Millionen Mark einschließlich der Eigenbetriebe. Es sollte sich erübrigen, noch weiter auf den Wert und die Notwendigkeit der Förderung dieser Konsum- und Produktionsgenossenschaften hinzuweisen. Wenn selbst der Reichswirtschaftsminister erklärt, daß durch die Konsumgenossenschaften die Warenpreise um mindestens 5 Prozent gesenkt sind, so dürfte dies allein genügen, um jeden Verbraucher zu überzeugen, daß er Mitglied eines Konsumvereins werden muß und seine Waren dort zu kaufen hat. Insbesondere dürfte es überflüssig sein, einem Gewerkschaftler näher darzulegen, daß nicht der Nominallohn, sondern die Kaufkraft seines Lohnes entscheidend ist für die Höhe der Lebenshaltung.

Der jüngste Zweig unserer Eigenunternehmungen sind die Bauproduktionsgenossenschaften, die zusammengefaßt sind in der Gesellschaft zur Förderung von Bauproduktionsgenossenschaften m. b. H. deren Bestehen zur Zeit 20. Diese Genossenschaften haben in den vier Jahren ihres Bestehens 4643 Wohnungen, ferner 112 Industriebauten und 200 öffentliche Gebäude errichtet. Das Eigenvermögen der 30 Genossenschaften beträgt 2 Millionen Mark. Auch dieser Zweig unserer Bewegung ist weit kräftiger zu fördern als bisher, wenn nicht der Boden-, Bau- und Wohnungswucher nach weiterer Lockerung der Wohnungsnotstandsfrage lüppig in die Falle schießen soll.

Stark beteiligt sind die christlichen Gewerkschaften an den Versicherungsunternehmungen, die im Deutschen Versicherungskongress zusammengefaßt sind. Dem Konzern gehören folgende Gesellschaften an:

1. Die Deutsche Lebensversicherung G. A. gehört zu den ganz wenigen deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften, die ihre bisherige Selbständigkeit bewahrt haben oder eine Umgründung nicht vorzunehmen brauchten. Die Entlohnung war eine verhältnismäßig gute. Ende 1925 gehörten 70 200 Versicherte mit rund 70 Millionen Mark Versicherungssumme dem Unternehmen an. Da die Aktionärsdividende auf 4 Prozent für die Stammaktien und 5 Prozent für die Vorzugsaktien beschränkt ist und keine Tantiemenzahlung an Vorstand und Aufsichtsrat erfolgt, ist das Unternehmen als gemeinnützig anzupreisen.

2. Ebenso hat sich die Deutsche Feuerversicherung G. A. günstig entwickelt. Sie ist mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark ausgestattet. Ihre Prämienneinnahme betrug in 1925 rund 1 400 600 M.

3. Neu aufgenommen wurde von ihr im verflorenen Jahre die Unfall- und Haftpflichtversicherung.

4. Die Deutsche Sparversicherung G. A. ist nur im Saargebiet tätig. Diese Gesellschaft betreibt eine besondere Form des Spargewinnes mit monatlicher Gewinnauszahlung, um den französischen Genossenschaften im Saargebiet Konkurrenz zu bieten, die diese Form des Sparbetriebs eingeführt haben.

5. Die Deutsche Finanz- und Lombardgesellschaft m. b. H. besorgt in erster Linie die Vermögensverwaltung für alle Gesellschaften des Versicherungskonzerns.

Berufsmäßige Kritiker deuten mit dem Finger auf Fehlschläge einzelner Unternehmen und ziehen daraus übertriebene Schlussfolgerungen. Gewiß ist man in manchen Orten mit mehr Idealismus und Wagemut als mit dem notwendigen Sachverstand zur Gründung geschritten. Das kann nicht abhalten, festzustellen, wie gesund die Gesamtbewegung ist. Wenn unter mehr als 2000 Konkursen im Januar dieses Jahres einige Genossenschaften sind, so zeigen gewisse Leute immer wieder auf diese paar Genossenschaften und übersehen die 2000 Bankrotte von Privatunternehmen. Wie überall, so muß auch auf diesem Gebiet Lehrgeld gezahlt werden. Die Spitzenorganisationen der Genossenschaften sorgen jedoch dafür, daß dieses Lehrgeld auf ein Mindestmaß beschränkt wird.

Unbedingt notwendig erscheint ein engeres, vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller dieser Zweige unserer Bewegung. Jede unnötige Rivalität muß verschwinden. In vertrauensvollem Zusammenwirken ist die Gesamtbewegung, wie jedes einzelne Unternehmen, tatkräftig zu fördern. Welt notwendiger als auf anderen Gebieten ist hier eine enge Arbeitsgemeinschaft. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen sollten einen Wirtschaftsausschuß aus den erfahrensten Führern bilden, der mindestens einmal allmonatlich zusammentritt, um zu beraten, wie die Gesamtbewegung und jedes Einzelunternehmen am wirkungsvollsten zu fördern sind. Ebenfalls fruchtbringend können solche Wirtschaftsausschüsse an den einzelnen Kartellstellen wirken.

Wenn die Gewerkschaften bereit sind, die selbständigen Wirtschaftsunternehmungen mit allen Kräften zu fördern, so dürfen die Leiter der Letzteren in den Gewerkschaften jedoch nicht nur die Berbestellen und Geldgeber sehen. Die Pflicht der gegenseitigen Förderung gilt für beide Seiten.

Die Gewerkschaft hat die wichtige Aufgabe, durch eine gute Lohnpolitik nicht nur eine Besserstellung der Lebenshaltung zu erreichen, vielmehr darüber hinaus eine Erhöhung der Sparquote, damit die Arbeitnehmer bei der Kapitalneubildung immer stärker zu Mitbestimmern und Mitleitern der Wirtschaft werden. In dem Maße, wie die Besitzbeteiligung steigt, verstärkt die Arbeiterchaft ihren Einfluß nicht nur in der Wirtschaft, sondern darüber hinaus im gesamten Staats- und Volksleben.

Das Mitbestimmungsrecht und den Mitbest in der Wirtschaft verstehen wir allerdings etwas anders, wie ihn der bekannte amerikanische Humorist Mark Twain einmal geschildert hat. Er berichtet, wie ein junger Mann eine gute Milch kaufen will, jedoch nur die Hälfte des Kaufpreises sein Eigen nennt. Deshalb steht er sich genötigt, die andere Hälfte des Kaufpreises durch ein Darlehen zu erwerben. Zu diesem Zweck wendet er sich an seinen Schwiegervater. Dieser schlägt ihm jedoch die

# Willst Du zurück?

## Die wirtschaftliche Entwicklung ist in stetem Fluß. Aus dieser Entwicklung heraus erwachsen dem Verband neue Aufgaben. Eine starke Stütze und Hilfe können wir nur am Verband haben, wenn wir einen höheren, als den Pflichtbeitrag bezahlen.

Hergabe des Geldes mit der Begründung ab, daß er grundsätzlich keine Darlehen gebe, und diesen Grundsatz müsse er auch gegenüber seinem lieben Schwiegerohn aufrecht halten. Er wolle ihm jedoch auf andere Weise helfen, und zwar durch Hergabe der zweiten Hälfte des Kaufpreises, jedoch unter der Bedingung, daß die Kuh zur Hälfte sein Eigentum werde. Hocherfreut kauft der Schwiegerohn die Kuh. Als er sie jedoch melken will, erhebt der Schwiegervater entschieden Einspruch und sagt, du hast die erste Hälfte des Kaufpreises hergegeben und ich die zweite, dir ist die vordere Hälfte der Kuh und mir die hintere. Du hast die Kuh zu füttern, während die Milch und was sonst hinten abfällt, mein Eigentum wird. Als die Kuh dem Schwiegervater nicht das gewünschte Quantum Milch gibt, macht er dem Schwiegerohn heftige Vorwürfe und fordert, daß dieser besser füttere, dann würde auch der Ertrag höher sein. Und als sich die Kuh gegen die unerhörten Ausmelkungsversuche des Schwiegervaters zur Wehr setzt, und diesen durch eine Hecke stößt, verklagt er den Schwiegerohn, da ja die vordere Hälfte der Kuh ihm gestohlen. Vergleiche hinken. Ähnliche Anschauungen haben jedoch in Deutschland viele Unternehmerrichtungen. Der Arbeiter soll durch seine Leistungen die Wirtschaft füttern und den höchst möglichen Produktionsertrag und Produktionsgewinn herbeiführen. Treten Absatzstörungen ein, so macht man den Arbeiter verantwortlich. Dagegen möchten die Unternehmer den Produktionsgewinn für sich allein beanspruchen. Der Arbeiter soll nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht besitzen, und auch nicht Mitbestitzer der Wirtschaft sein. Diese Anschauungsweise führt zu den unerträglichsten Spannungen. Die christlichen Gewerkschaftler sind bereit, ihre ganze Kraft für den wirtschaftlichen Aufstieg herzugeben. Sie verlangen dafür ihren berechtigten Anteil an der Leistung und am Wohlstand der Wirtschaft.

Mit dem Streben nach höheren Löhnen, Steigerung der Sparzulagen und Erwerb an Aktien durch die einzelnen Arbeitnehmer ist das von uns erstrebte Ziel nicht zu erreichen. Der entscheidende Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung läßt sich nur erreichen durch eine gute Organisation der Sparrkraft und die systematische Verwendung des Sparkapitals im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Jede Gewerkschaftsorganisation muß hierfür Verständnis bei ihren Mitgliedern und darüber hinaus bei den Berufsangehörigen wecken, sonst besteht die Gefahr, daß der einzelne Arbeitnehmer zum reinen Materialisten privatrechtlich-fiskaler Denkweise wird und nur sein eigenes Profitinteresse im Auge hat. Mit derart eingestellten Menschen läßt sich eine auf christlichen Grundsätzen beruhende, auf dem Grundgedanken der Brüderliebe aufgebaute Gemeinwirtschaft, nicht erreichen. Entscheidend noch als der Besitz der Produktionsmittel und des Betriebs, wie des Reihkapitals ist der Wirtschaftsgedanke, die Wirtschaftsgestaltung. Eine sozialistisch-kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muß sich — wenn sie überhaupt verwirklicht werden könnte — für die Menschheit noch unheilvoller auswirken als die privatrechtlich-fiskale, da sie auf dem gleichen Giftboden des Materialismus erwächst.

Wir wollen uns deshalb sorgsam hüten, nur die materiellen Triebe zu wecken. Die große sittliche Idee, all unser Streben und Schaffen dem Dienste an Gemeinwohl zu widmen, soll uns Leitstern bleiben. Nur die aus der christlichen Lehre geflochtenen starken sittlichen Kräfte vermögen die neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, der unser Streben gilt.

### Kapital ist Macht!

Von verbandsscheuen Elementen wird häufig folgendes geäußert: „Die Gewerkschaften haben versagt und sind deshalb überflüssig. Ueberhaupt hat die ganze Gewerkschaftsarbeit keinen Zweck. Die Arbeitgeber machen doch was sie wollen, weil sie eben das Kapital haben. Das Kapital hat die Macht und kann den Arbeiter zwingen.“

So falsch diese Theorie ist, es fallen immer wieder Dumme darauf herein. Wenn es aber wirklich wahr wäre, daß das Kapital allein die Macht in der Wirtschaft bedeutet, so ist es eine unzerstörliche Dummheit, wenn man sagt, die Gewerkschaften hätten keinen Zweck. Gerade die Gewerkschaften sind immer darauf bedacht gewesen, durch möglichst hohe und tragbare Mitgliederbeiträge starke Kassen und hierdurch Kapital zu bilden. Je größer die Kapitalbildung in den Gewerkschaftskassen ist, um desto größer wird sich die Gewerkschaft als Machtfaktor in Wirtschaftsleben auswirken. Daß aber die verbandsscheuen Elemente, und aber auch die Hörgler über hohe Beiträge an dieser Entwicklung der Gewerkschaften einen Hemmschub bilden, wollen sie leider nicht einsehen.

Es ist demnach für den überzeugten Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit, recht hohe Verbandsbeiträge zu zahlen, weil er dadurch sich und seinem Stand die beste Gewähr gibt, als geachtet und gleichberechtigter im Wirtschaftsleben zu gelten. Wenn wir als Textilarbeiter unsere bisher errungene Position im Wirtschaftsleben beibehalten wollen, so müssen wir hierfür auch bereitwillig Opfer bringen können. Jeder Stand im Wirtschaftsleben muß seine Gleichberechtigung selbst erkämpfen. Andere Stände besorgen das nicht für ihn. Hier muß man selbst den Mann stellen. Dieser Kampf aber erfordert von uns Opfer.

Am Opfermangel es heute leider in unseren Reihen, weil auch wir vom materialistischen Zeitgeist angekränkt sind. Der Egoismus spricht daraus, wenn man immer wieder rechnet, was man für die Zahlung der Beiträge als Gegenleistung vom Verband zu erwarten hat. So soll man nicht über seinen Berufsverband denken. Den Berufsverband soll man sich als eine große Familie vorstellen, wo aber eine des anderen Lasten, Rufen und Wahren mit trägt. Glück und Unglück gemeinsam miteinander teilen, auf Gebeth und Verberd miteinander verbunden sein, das ist die Auffassung innerhalb einer rechten Familie. Diese Auffassung muß auch für unseren Berufsverband maßgebend sein. Wenn man diese Auffassung vom Verband hat, dann fragt man auch nicht lange, ob man die erforderlichen Opfer bringen kann, die der Verband notwendigerweise verlangt. Im Interesse der großen Berufsfamilie muß es sein und wird es auch geben.

Fragen wir uns doch einmal ganz ehrlich, ob die geforderten Beiträge wirklich zu hoch und nicht zu zahlen sind? Gewiß gebe ich zu, daß bei der heutigen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit manchem Familienvater jeder Pfennig berechnet, und die Not in die Familie eingezogen ist. Aber macht man nicht immer wieder die Erfahrung, daß gerade die alleinverdienenden Familienväter, mit einer zahlreichen Familie in der Regel die besten Beitragszahler sind? Wollen sich hier unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen beschämen lassen, als

wenn sie den hohen idealen Wert der gewerkschaftlichen Berufsverbände nicht verstanden? Ich kann es nicht glauben, und darum fordere ich besonders unsere jüngeren Mitglieder vor die Gewerkschaftsfront; sie sollen in der Beitragszahlung mit einem guten Beispiel vorangehen.

Wir reden heute so viel vom Berufsgedanken und Berufsgedanke. Unser Beruf soll uns lieb und wert sein. Wir sollen als Textilarbeiter Stolz und Standesehre in uns hegen und pflegen. Ist das aber wirklicher Stolz und Liebe zum Beruf, wenn man nicht den Mut hat, auch Opfer hierfür zu bringen? Keine Liebe ohne Fürsorge, überschreibt die deutsche Volksversicherung ihr Reklamemotiv. Das muß auch für uns als Gewerkschaftler gelten. Wer es ehrlich mit seinem Beruf, mit seinem Stand als Arbeiter meint, wer seinen Stand und Beruf liebt, der ist auch fürsorglich bemüht, daß seine Berufsorganisation, die große Berufsfamilie, erhalten bleibt und immer tatkräftiger wird. Ein tatkräftiger Mitarbeiter aber nur dann sein, wenn wir als Mitglieder durch Opferbereitschaft und höhere Beiträge Kapital in der Zentralkasse ansammeln, denn Kapital ist Macht.

### Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Der Tarifstreit in Westfalen erleidet. Neue Tarifkündigungen in Nordbayern, Südbayern und Württemberg.

Westfalen. Der Tarifstreit zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie Chemnitz, einschl. der Betriebe der sächs.-thüringischen Färberei-Konvention einerseits, dem Deutschen Textilarbeiterverband, Dresden, dem Deutschen Textilarbeiterverband Gera-Neuß, dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer Chemnitz, Plauen i. V. und Triebisch bei Zeitz, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Greiz/Wogtland, dem Gewerksverein Deutscher Textilarbeiter Gera/Neuß, dem Deutschen Metallarbeiterverband Greiz/Wogtland, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband Gera/Neuß andererseits ist durch einen Schiedsspruch beendet worden, wonach alle Lohnverträge, die zum 9. April aufgehündigt worden waren, verlängert werden.

Die Regelung der Akkordlöhne erfolgt nach Maßgabe des Paragraphen 3 des Manteltarifvertrages vom 29. Dezember 1924.

Die Lohnverträge treten mit Wirkung ab 10. April 1926 wieder in Kraft und sind erstmalig mit vierwöchentlich Kündigungstermin zum 31. Dezember 1926 kündbar. Erfolgt eine Kündigung nicht, so laufen die Lohnverträge mit gleicher Kündigungstermin jeweils um zwei Monate weiter. — Der Schiedsspruch wurde vom sächsischen Landesrichter Obergerichtsrat Brand gefällt.

Südbayern. Der Verband süddeutscher Textilarbeiter, die Landesgruppen Nordbayern, Südbayern und Württemberg haben die jetzt bestehenden Lohnverträge gekündigt und schlagen Lohnabbau vor, der in der südbayerischen Textilindustrie bei dem Bleistiftweber bis zu 20 Prozent geht. Der Kürze halber bringen wir nur das Kündigungsschreiben der nordbayerischen Arbeitgeber zum Abdruck, weil die übrigen Kündigungsschreiben dem Sinne nach gleich sind:

An den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk Bayern, Augsburg 2, Postfach 9.

Einschreiben. Gemäß den auf Grund der Wünsche unserer Mitglieder gefaßten Beschlüssen unserer Verbandsorgane kündigen wir hiermit die gegenwärtig gültige Lohnverträge, wie sie durch den Schiedsspruch des stellvertretenden Landesrichters vom 27. 10. 1925 und den rechtsverbindlichen Entscheid des Ministerpräsidenten vom 14. 11. 1925 zwangsweise festgesetzt worden ist, freigestellt auf den 8. Mai 1926.

Wir haben schon bei den damaligen Verhandlungen vor dem stellvertretenden Landesrichter und nochmals vor dem Ministerpräsidenten mit allem Nachdruck unter Vorlage reichen Beweismaterials dargetan, daß es ein Widerstreit und wirtschaftlich untragbar ist, unsere Industrie in einer Zeit rückläufiger Konjunktur und rückgängiger Preisentwicklung mit einer aus keinem Grunde zu rechtfertigenden Lohnhöhe zu belasten. Die katastrophale Entwicklung der Wirtschaftslage in unserer Industrie in den letzten vergangenen Monaten, die auch Ihnen bekannt ist, hat unsere damals geäußerten schwerwiegenden Befürchtungen in vollem Umfange bestätigt. Auch für die nächste Zeit besteht keinerlei Aussicht auf eine Besserung. Die gebieterischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die durch das völlige Darniederliegen unserer Industrie bedingten Rücksichten, die nicht mehr länger unbeachtet bleiben dürfen, und hinter denen sowohl im Interesse der Betriebe wie der Arbeiterschaft alle anderen Belange im gegenwärtigen Zeitpunkt zurücktreten müssen, wenn unsere Industrie lebensfähig bleiben soll, zwingen uns zu dem einmütigen mitgeteilten Entschluß und zu der Forderung, daß für die Zeit nach dem 8. Mai 1926 die Lohnverträge wieder in Kraft gesetzt werden, wie sie vor dem rechtsverbindlichen Entscheid des Ministerpräsidenten vom 14. 11. 1925 in der Zeit bis zum 24. Oktober 1925 bestanden hat.

Im Hinblick auf die in den übrigen süddeutschen Landesgruppen, sowie in den maßgebenden norddeutschen Textilbezirken schon seit langem bestehende und bemährte Einrichtung des Bleistiftsystems, wünschen wir unsere Mitglieder aus der Konkurrenz im Interesse der Wiederherstellung und Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen Bezirken, daß in unsere Lohnverträge ebenfalls eine Lohnposition für die Bedienung von vier Stühlen in der Rohweberlei aufgenommen wird; aus den gleichen Gründen soll die Zahl der in der Hartkorkstuhlwereberlei zu bedienenden Stühle bis auf 16 erhöht werden, wie das auch in den anderen Bezirken üblich ist. Aus denselben Gründen und noch besonders mit Rücksicht auf die im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse gelegene notwendige Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland wollen unsere Mitglieder aus der Baumwollweberlei eine Lohnposition für die Bedienung von drei Stühlen in der Baumwollweberlei geschaffen wissen.

Zur Ausprägung über die vertragliche Festlegung unserer genannten Forderungen schlagen wir als Termin Montag, den 3. Mai 1926, als Treffpunkt Wirsberg vor. Wir sehen Ihrer zustimmenden Rückäußerung entgegen.

Hochachtungsvoll gez. Dr. Wolf. Die Arbeitgeber berufen sich in ihrem Kündigungsschreiben auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise und wollen diese durch einen Lohnabbau beheben. Das heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Krise eine Abwärtskrise ist, hervorgerufen durch die Kaufunfähigkeit der Massen. Während Hunderttausende von Textilarbeitern Not und Elend leiden, sind in der Textilindustrie im vorigen Jahre Dividenden verteilt worden, die nicht hinter den Vorkriegsdividenden zurückstehen. Und gerade die Süddeutsche Baumwollindustrie steht an erster Stelle. Will man die

Wirtschaftskrise durch Lohnabbau noch weiter verschärfen? An dem Verhalten der Arbeitgeber kann die Arbeiterschaft lernen, wie Situationen ausgeglichen werden.

Der Lohnstreit mit der Beddurger Wollindustrie hat durch einen Schiedsspruch ein vorläufiges Ende gefunden. Die Firma erklärt sich bereit, über Manteltarif, Lohnabkommen und Arbeitszeit zu verhandeln. Die Verhandlungen mußten bis zum 17. April ds. J. beendet sein. Bis zum Abschluß einer neuen Vereinbarung bleiben sämtliche bisherigen Abmachungen in Kraft.

In der Tarifstreitfrage in der Pfalz ist es bis zur Stunde noch nicht zur Verständigung gekommen. Es gehen bei den Vertragsparteien die Ansichten darüber auseinander, ob Mantelabkommen und Lohnvertrag gleich lange Laufdauer haben sollen. Für die rechtsrheinische Textilindustrie wurde nachstehender Schiedsspruch gefällt:

Der Manteltarif, das Lohnabkommen, das Arbeitszeit- und Ueberarbeitszeitabkommen für die Textilindustrie im rechtsrheinischen Bezirk werden über den 30. April 1926 hinaus verlängert. Eine Kündigung kann mit einmonatiger Frist, frühestens zum 31. Dezember 1926 erfolgen, und zwar auch jedes der drei Abkommen für sich allein.

Erkündigungsfrist bis einschließlich 4. Mai 1926. Hierzu Protokollnotiz. Verkündet: Dr. Bragard. Protokollnotiz. Auslegung zu Paragraph 8, Manteltarif: „Eine Abänderung bestehender Akkordsätze kann eintreten, wenn die Festsetzung der Akkordsätze auf einem Irrtum beruht oder wenn die allgemeinen Voraussetzungen, die der Festsetzung der Akkordsätze zugrunde liegen, sich grundlegend geändert haben. Paragraph 8, Absatz 2, Satz 3 und 4 des Manteltarifs finden Anwendung.“

Dr. Bragard. Der entscheidende Satz des Paragraphen 8 lautet: „Kommt eine Einigung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung nicht zustande, so entscheidet auf Anrufung eines der Beteiligten der tarifliche Schiedsausschuß.“

Wie uns soeben mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt.

### Gedanken zum Problem der Frauenarbeit.

(Fortsetzung.) 1. Teil: Gesundheitliche und seelische Schäden der werdenden Mütter.

Es gibt wohl kaum einen größeren Widerspruch wie Frauenarbeit und Familienleben. Und tausende Familien leiden darunter. Besonders stark ist die Frauenarbeit in der Textilindustrie gefestigt. Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich beschäftigten 1922 in Textilbetrieben mit über 10 Personen rund 930 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davunter waren rund 530 000 weibliche. Unter diesen ist wiederum ein erheblicher Prozentsatz verheiratet. Waren es 1907 ungefähr 20 Prozent, so haben wir bereits 1925 durchschnittlich 33-35 Prozent verheiratete Frauen in Textilbetrieben. Im Westen ist der Prozentsatz bedeutend niedriger, dafür aber in Südb- und Ostdeutschland höher. Wir haben Städte in Sachsen, wie z. B. Grimnitzschau, wo bis 65 Prozent verheiratete Frauen in Fabriken beschäftigt werden. Welch eine Tragik liegt in diesen Zahlen? Unendlich viel wird durch die Fabrikarbeit verheirateter Frauen an Volksgesundheit und Volksglück gesündigt. Wieviel seelische Werte gehen nicht nur der Familie, sondern der ganzen Volksgemeinschaft verloren?

Die ganze Entwicklung im Wirtschaftsleben läßt nicht auf Einschränkung der Frauenarbeit schließen. Dr. Hans Dorn sagte in seinem Referat über „Die Frauenerwerbsarbeit und ihre Aufgaben für die Gesetzgebung“, auf dem zweiten Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, die Frauenerwerbsarbeit in ihrem Wachstum aufhalten oder auf einen engen Kreis von Berufen einschränken zu wollen, sei vergebene Kraft und würde ohne dauernde Wirkung bleiben. Wer als Gesetzgeber auf diese Frage einzutreten will, müsse sich darüber klar sein, daß man mit der Frauenarbeit — auch mit der Ehefrauenarbeit — rechnen müsse als mit einer Tatsache, die durch ihre Grundrichtung unserer ökonomischen Entwicklung unabänderlich gegeben sei. Aus der Richtung der Entwicklung ergebe sich auch für die nächsten Jahrzehnte eine Zunahme der Frauenerwerbsarbeit. Dementprechend müßten die Gesetze sein, die zur Regulierung der Frauenarbeit erforderlich sind.

Eine Sozialpolitik, die von der Voraussetzung ausgeht, daß die Frauenerwerbsarbeit fortgesetzt zunehmen werde und die allgemeine Berufstätigkeit der Frau den dauernden Zustand der Zukunft bilde, müßte darauf hinarbeiten, die Frau von jeglicher häuslicher Arbeit, sowie auch von der Pflege der Kinder zu befreien. Sie müßte also an die Stelle des Einzelhaushalts Einrichtungen schaffen, die einen Ersatz für das zerstörte Familienleben bieten.

Eine Sozialpolitik aber, die mit der Einzelfamilie und dem Einzelhaushalt als eine dauernde Einrichtung rechnet, muß auch ihre Gesetze danach zu gestalten suchen, damit die wirtschaftliche Not die verheiratete Frau nicht mehr in die Fabrikarbeit zwingt. Der Gründe sind gar viele: Nicht ausreichender Lohn des Mannes, besondere Schicksalsschläge, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit usw., Anschaffungen sind notwendig, Schulden abzuzahlen, oder man will es erreichen, einen kleinen Sparpfennig für das Alter zurückzuliegen.

Wir können aber nicht zugeben, wie unsere Frauen und Mütter unter der doppelten Arbeitslast immer mehr verkümmern und frühzeitig zusammenbrechen, wie das Familienleben sich immer mehr lockert, die Kinder ohne die rechte Pflege und Erziehung heranwachsen, unfähig für den sie erwartenden Lebenskampf. Es ist auch nicht zu verantworten, wie das junge Leben schon lebensschwach und kränklich zur Welt kommt.

Von allen höheren, den wissenschaftlichen, künstlerischen, freien usw. Berufen abgesehen, entspringt die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen im allgemeinen nicht einem inneren Drange, sondern einer wirtschaftlichen Zwangslage. Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen wird überall als ein Uebel empfunden. Sie ist aber auch vom hygienischen Standpunkt aus zu bekämpfen. Sanitätsrat Dr. med. Wilh. Weinberg, Stuttgart, sagt, der Einfluß der Fabrikarbeit auf die Frauenwelt wirkt besonders ungünstig auf den Organismus des weiblichen Geschlechts in den Jahren der Entwicklung, der stärkeren Fruchtbarkeit und während der Schwangerschaft.

Die Erwerbsarbeit schwangerer Frauen ist eine „Barbarei“, schreibt Frau Dr. med. Dietrich Leipzig in ihrem Gutachten über die Gefahren der Frauenerwerbsarbeit. Nach den Feststellungen, die die Großbetriebe in der deutschen Textilindustrie gemacht haben, werden ständig mindestens 90 000 schwangere Frauen und Mädchen beschäftigt. Es ist also mit einer großen Zahl Frauen in diesen Betrieben zu rechnen, die qualvolle Monate verbringen müssen.

Die gesundheitlichen Schädigungen für die Frau liegen in der Textilindustrie 1. in der Arbeitszeit, (oft zu lang, nicht genügende Pausen), 2. in der Intensität (Anspannung, Ueberanstrengung der Arbeit). Da kommen in Betracht: Stundenlanges Stehen, beständiges Hin- und Herlaufen, sich hochrecken (bei den Aufsteckerinnen, Flechberin) sich nach vorn über die Maschine legen (Weberin), in dieser Stellung stehen. Dadurch wird der Leib stark gequetscht. Die Maschinen in der Textilindustrie lau-

# Mitglieder bedenk!

Wenn Ihr am Verbandsbeitrag spart, schädigt Ihr aufs schwerste Eure eigenen Interessen. Die Ziele, die wir uns gesteckt haben, können wir nur durch Euer willigste Entschlossenheit, Zahl darum nicht nur pünktlich Euren Verbandsbeitrag, sondern wählt vor allen Dingen höhere Beitragsklassen!

jen sehr schnell. Dementsprechend müssen auch die Bewegungen der Arbeiterin rasch sein. Sie muß sich also schnell bücken, drehen, langen, strecken, dehnen usw. Der Frauenkörper, der gerade in diesen Monaten eine gewisse Ruhe und Schonung braucht, wird nun beständig durch diese Bewegungen gestockt, gedrückt, gedehnt. Das dies schädliche Folgen für Mutter und Kind zeitigt, ist ganz erklärlich. Die Zahl der Frühgeburten, schwere Geburten und Totgeburten sind bei den arbeitenden Frauen bedeutend höher als bei jenen Frauen, die in ihrer Häuslichkeit leben. So wurde in der Ortskrankenkasse in Leipzig bei den Textilarbeiterinnen 19,5 Prozent Früh- und Fehlgeburten festgestellt im Gegensatz zu 1,2 Prozent der freiwilligen Kassemitglieder.

Das Arbeiten in einer mit Staub angefüllten Luft unter beständigem Lärm der Maschinen stellt große Anforderungen an die Nerven- und Sinnesorgane der ohnedies in diesem Zustand sehr empfindlichen Frau. Die Folgen sind dann Ueberreizung und Erschöpfung dieser Frauen, die sich überaus schädlich auswirken auf das Kind.

Ganz kurz gezeichnet wären dies die gesundheitlichen Schäden für die Frau. Hinzukommen die seelischen Leiden, die sich einfach nicht alle aufzählen lassen. (Hervorgehoben durch anzügliche Reden, rohe Spässe usw.)

Die Not dieser Frauen und ihrer Familien hat einen Umfang angenommen, daß diese Not nicht mehr als eine Not des Einzelnen kann angesehen werden. Sie wirkt sich vielmehr als eine Volksnot aus. (Schluß folgt.)

## Sozialpolitisches.

### Verfagung oder Entziehung der Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitsverweigerung.

Vom württembergischen Landesamt für Arbeitsvermittlung ging unterm 24. Februar 1926 nachfolgendes Rundschreiben an alle Vorstände der Arbeitsnachweise:

Es liegt Veranlassung vor, den Arbeitsnachweisen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Arbeitnehmer eines Betriebes hatten die ihnen vom Arbeitgeber angebotene Lohnkürzung abgelehnt, wurden entlassen und beantragten E.-U. Der Arbeitsnachweis verweigerte sie unter Hinweis auf die Streikbestimmung des § 3, Abs. 1, Satz 2 R. G. B.

Die Unterstützung wurde zu Unrecht verweigert; es liegt weder Aussperkung noch Streik vor, sondern Entlassung jedes einzelnen Arbeitnehmers mit dem gleichzeitigen Anbieten eines neuen Arbeitsvertrages mit veränderten Lohnbedingungen.

Die Gewährung der E.-U. ist in solchen Fällen vielmehr lediglich von der Arbeitswilligkeit (§ 13, Abs. 1 R.G.B.) abhängig zu machen.

Mangelnder Arbeitswille kann aber nicht angenommen werden, wenn für die angenommene Arbeit kein „angemessener ortsüblicher Lohn“ geboten wird. Als solcher ist, soweit die Verteilung tarifgebunden sind, der Tariflohn anzusehen. Kommt ein Tariflohn nicht in Frage (entweder weil ein Tarifabkommen nicht besteht, oder weil die Verteilung nicht tarifgebunden sind), so ist von Fall zu Fall festzustellen, ob der gebotene Lohn in dem betreffenden Beruf ortsüblich ist, d. h., ob er dem Durchschnittslohn entspricht, der für die fragliche Arbeit am Arbeitsort, nicht am Wohnort des Erwerbslosen, bezahlt zu werden pflegt. Dabei können Tarifverträge und sonstige Abmachungen als Anhaltspunkt genommen werden; der ortsübliche Lohn ist aber keineswegs gleich dem Tariflohn, er kann vielmehr auch darunter liegen. — Mit dem Ortslohn der §§ 149 ff. R.G.B. hat der „ortsübliche Lohn“ des § 13 Abs. 1 R.G.B. nichts zu tun.

Allgemein gilt demgemäß: Wenn der Arbeitsnachweis nach § 41, Abs. 2 R. G. B. die Vermittlung einer Arbeitsstelle wegen Verstoßes gegen die Tarifbestimmungen oder gegen die in dem betreffenden Beruf ortsüblichen Mindestlöhne abzulehnen hat, darf er die Nicht-Annahme einer so entlohten Arbeit nicht als Beweis für mangelnde Arbeitswilligkeit i. S. des § 13 R.G.B. ansehen und deshalb die E.-U. verweigern oder entziehen.

Aber auf der anderen Seite muß auch auf den zweiten Satz des § 41 Abs. 2 nachdrücklich hingewiesen werden, wonach sich der Arbeitsnachweis streng auf die Prüfung der Frage zu beschränken hat, ob der tarifliche bzw. ortsübliche Lohn geboten wird oder nicht. Darüber hinaus darf sich der Arbeitsnachweis mit Entlohnungsfragen in keiner Weise befassen, weil er sonst mit Sicherheit entweder das Vertrauen der Arbeitgeber oder das der Arbeitnehmer oder auch das beider Teile verlieren würde, ohne das er nichts leisten kann.

Unbedingt ist daran festzuhalten, daß die E.-U. jedem verweigert werden muß, der eine tarifmäßig entlohtete Arbeit nicht annimmt, gleichviel, ob er einer an dem betreffenden Tarif gebundenen Organisation oder überhaupt dem Berufe angehört, für den der Tarif gilt. So muß z. B. ein erwerbsloser Bauarbeiter jede ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugunehmende Arbeit, die etwa nach dem Tarif der für Land- oder Waldbauarbeiter entlohnt wird, annehmen; maggebend ist nicht der Tarif, der für den gewöhnlichen Beruf des Erwerbslosen in Betracht kommt, sondern der für die angebotene Arbeit in Betracht kommende.

### Tariflohn ist angemessener ortsüblicher Lohn.

Aus Arbeit und Beruf, Nr. 5, Seite 136, vom 10. 3. 1926. Einige stillgelegte Fabriken nahmen ihren Betrieb wieder auf, machten die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeitnehmer jedoch von einer Arbeitszeitverlängerung, sowie Kürzung des Tariflohnes und der Ferien abhängig, obwohl ein ungekündigter, für allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag bestand. Die Arbeitnehmer weigerten sich die Arbeit anzunehmen, da ihnen kein angemessener ortsüblicher Lohn geboten wurde (§ 13 Erwerbslosengesetz).

Der Vorsitzende des örtlichen Arbeitsnachweises verweigerte darauf die Erwerbslosenunterstützung. Das Reichsarbeitsministerium entschied am 21. 1. 26 unter Nr. IV 388/26, II. Ang. zu Gunsten der Arbeitnehmer. Zweifellos haben die örtlichen Arbeitsnachweise in allen Fällen, in denen ein Tarifvertrag besteht, als angemessenen ortsüblichen Lohn im Sinne des § 13, Abs. 1 der Erwerbslosen-Fürsorgeverordnung den Tariflohn anzusehen.

### Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

#### Betriebsratswahlen. (Ein sehr verhängnisvoller Vorgang.)

Der „Deutsche“ berichtet in seiner Nummer 22 vom 21. 4. 1926 über folgende Feststellung bei der Betriebsratswahl der A. E. G. (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft):

In der vergangenen Woche fanden die Betriebsratswahlen in den Berliner Werken der A. E. G. statt. Im Wahllokalgebäude der Gesellschaft, wo rund 3000 Angestellte beschäftigt sind, wurde Betrügerhandlung der Art für die Wähler des Deutschen Handlungsgewerkschaftsverbandes und der mit ihm korrespondierenden Verbände ein Verstoß der Stimmen um rund 6 Prozent festgestellt. Die Vertreter dieser Verbände hatten demgemäß eine Anwesenheit des Wahlergebnisses an, indem sie eine schriftliche Anfrage unter den Wählern gielten. Innerhalb weniger Stunden erklärten mehr als doppelt soviel Wähler, wie die Auszählungssimmen ergeben

hatten, daß die die Liste des D. G. B. gewählt hätten. Bei der Beurteilung dieses Vorganges ist festzuhalten, daß der Wahlvorstand ausschließlich aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften bestand, und daß die Wählerlisten nach der Stimmenabgabe nicht sorgfältig geprüften und das Ergebnis festgestellt wurde, sondern daß sie unverändert über Nacht unter der Aufsicht des Wahlvorstandes verblieben. Die Vertreter der nationalen Liste haben die Wahl angefochten. Außerdem ist, wie wir hören, durch die Verbände Anzeige bei der Staatsanwaltschaft auf Grund des § 108 des Strafgesetzbuches erstattet worden.

Hieraus ersehen wir, daß die Arbeiter Neben manchen anderen Dingen bei den Wahlen sich auch die Tätigkeit der Wahlvorstände besonders ansehen müssen. Wie leicht könnte man diese Gefahr, wie oben geschildert, wegräumen, wenn man den Wahlvorstand paritätisch zusammensetzte.

### Entlassungsschutz für Betriebsratsmitglieder bei teilweiser Stilllegung.

Eine überaus wichtige Entscheidung des Reichsgerichts vom 16. Februar 1926.

Ueber die Auslegung des § 96 B. R. G., der den Kündigungsschutz für die Betriebsratsmitglieder festlegt, ist seit Bestehen des Gesetzes heftig gestritten worden. In sich ist es begrifflich, daß die Arbeitgeber bestrebt sind, das Schutzrecht für die Betriebsvertretungen möglichst stark einzuzengen. Der Trost ihnen willfähriger Rechtskundiger hat in Wort und Schrift stark auf die öffentliche Meinung und vor allem auch die Spruchpraxis der entscheidenden Gerichte eingewirkt. Leider muß festgestellt werden, daß diese Stellen sich dem Arbeitgeberstandpunkte sehr stark genähert haben.

Es ist bekannt, daß der Arbeitgeber zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitgliedes der Betriebsvertretung oder zu seiner Veretzung in einen anderen Betrieb der Zustimmung der Betriebsvertretung bedarf. Die Zustimmung ist nicht erforderlich:

- 1. bei Entlassungen, die auf einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen Verpflichtung beruhen;
- 2. bei Entlassungen, die durch Stilllegung des Betriebes erforderlich sind;
- 3. bei stillen Kündigungen aus dem einen Grunde, der nach den Gesetzen zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.

Wird die Zustimmung der Betriebsvertretungen verweigert, so kann der Arbeitgeber das Arbeitsgericht anrufen, das die Zustimmung ersehen kann.

In diesem Paragraphen 96 sind also klar und deutlich die Fälle umschrieben, wo der Arbeitgeber der Zustimmung durch die Betriebsvertretung nicht bedarf.

Um die Vorschriften des Gesetzes zu umgehen, schritten die Arbeitgeber, um lästige Betriebsvertreter zu beseitigen, vorübergehend zu gänzlichen oder teilweisen Betriebsstilllegungen. Oft wurde dann nach wenigen Tagen der Betrieb wieder eröffnet. Die Betriebsvertretungen aber blieben draußen.

Von Arbeitnehmerseite und überhaupt von allen gerecht denkenden Menschen wurde bei solchen Anlässen zum Ausdruck gebracht, daß solche Maßnahmen unhaltbar seien, dem Gesetz widersprächen und den Schutz für die Betriebsratsmitglieder beseitigten. Auch bei teilweiser Betriebsstilllegung darf man die Betriebsratsmitglieder, um sie los zu werden, auf die Straße. Von Arbeitnehmerseite wurde dann stets darauf hingewiesen, daß im § 96 B. R. G. steht: „Bei Entlassungen, die durch Stilllegung des Betriebes erforderlich sind.“ Es wurde also betont, daß hier nicht von teilweiser Betriebsstilllegung die Rede ist, wie im § 85 des B. R. G., der sich mit dem Schutz der einfachen Belegschaftsmitglieder beschäftigt. Hier in diesem § 96 ist tatsächlich unter Absatz 2 gefast: „Entlassungen, die durch gänzliche oder teilweise Stilllegung des Betriebes erforderlich werden.“ Es ist in die Augen springend, daß der Gesetzgeber den Betriebsratsmitgliedern einen viel weiteren Schutz geben wollte, wie den einfachen Angehörigen der Belegschaft.

Es ist höchst bedauerlich, daß es gerade hauptsächlich Juristen waren, die sonst immer am starren Buchstaben des Gesetzes festhalten, die im Falle des § 96 immer und immer wieder erklärten, daß hier das Wort „teilweise“ vergessen worden sei. Im § 85, der den Schutz für die Belegschaftsmitglieder regelt, ist das Wort „teilweise“ eingeschoben worden. Im § 96 handelt es sich nur um einen redaktionellen Fehler. Leider vertritt auch Klatow in seinem bekannten Kommentar einen ähnlichen Standpunkt. Nach wie vor ist es aber unsere Auffassung, daß es sich nicht um einen redaktionellen Fehler handelt, sondern daß der Gesetzgeber tatsächlich den Betriebsvertretern einen weiteren Schutz einräumen wollte. Durch vorgefaßte Betriebsstilllegungen und durch die oben geschilderte Auslegung des § 96 wurden die Betriebsvertreter also in weitem Umfange ihres Schutzes beraubt. Es ist hoch erfreulich, daß das Urteil des Reichsgerichts vom 16. 2. 1926 (III. Zivilsenat, Abt. 425/1925) wenigstens in etwa Klarheit bringt. Leider sagt auch das Reichsgericht, daß das Fehlen des Wortes „teilweise“ im § 96 nur ein redaktioneller Fehler sei, in bezug auf vorgefaßte Stilllegungen schafft das Urteil aber jetzt vollständige Klarheit.

Im ersten Teile der Entscheidung wird der Begriff der Stilllegung ganz klar definiert. Dann wird gefast: „Bei Schaffung der Schutzbestimmungen hatte der Gesetzgeber nur solche Stilllegungen im Auge, deren Dauer eine Verpflichtung der Unternehmer zur Fortzahlung der Löhne und Gehälter ohne gleichzeitige Erzeugung von Werten, aus denen sie nach den Betriebszwecken genommen werden sollen, auch unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Arbeitnehmer als unbillige Härte erscheinen lassen würden. Eine Stilllegung, an die sich aber so rasch die Wiedereröffnung anschließt, kann zeitlich und wirtschaftlich nur als eine Fortsetzung des bisherigen Betriebes, wenn auch vielleicht nur in beschränktem Maße, angesehen werden. Es ist dann keine Betriebsstilllegung, sondern eine Betriebsunterbrechung. Die Aufhebung des Kündigungsschutzes wäre nicht gerechtfertigt.“

Im Urteil heißt es wörtlich: „Die Auflösung der Produktions- und Arbeitsgemeinschaft darf nicht lediglich ein Mittel zur Erleichterung ihrer Um- oder Neubildung sein, wenn der Arbeitgeber die Befreiung von den Kündigungsbeschränkungen des B. R. G. für sich in Anspruch nehmen will.“

Diese wichtige Entscheidung hat gerade für die jetzige Zeit allerhöchste Bedeutung. Wir machen unsere Mitglieder in den Betriebsvertretungen, die durch vorgefaßte Betriebsstilllegungen befristet werden sollen, auf die Wichtigkeit der Entscheidung aufmerksam. Es sei notwendig, daß diese bedeutungsvolle Entscheidung des Reichsgerichts weitgehendst bekannt wird.

### Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Die Mitarbeiterin im Verband! Ich denke bei Mitarbeiterinnen nicht an Kolleginnen die irgend welches Amt im Verband bekleiden, sondern an solche, die in erster, zielbewusster Mitarbeit den Verband innerlich mittragen, und besonders an diejenigen, die schon an Menschenleben mitarbeiten dürfen und eine Gruppe zur Führung übernommen haben.

Eine Mitarbeiterin, wie ich sie mir denke, muß mit dem Verband verwachsen sein, d. h., aus dem Arbeitsverhältnis hervorgegangen sein. Das hilft ihr ungemein, ihre Mitarbeiterinnen in jeder Hinsicht zu verstehen und hilft uns, die Brücke schlagen in das Leben unserer Mitglieder.

Wenn wir noch keine Mitarbeiterinnen im Verband haben, wen sollen wir uns wählen? Vielleicht haben wir gute Kräfte, aber wir finden das Menschliche noch zu sehr bei ihnen, sodaß wir sie nicht gern als Mitarbeiterinnen neben uns haben möchten. Aber ich muß immer denken, daß unser Herrgott, der uns in die Arbeit rief, ganz bestimmt noch unendlich viel Menschen-Glück in uns findet, und uns dennoch erwählt hat. Wenn man von einer Kollegin den Eindruck hat, daß sie sich gern mitbeteiligen möchte, dann dürfen wir sie wohl nehmen. Dadurch, daß wir sie wählen, stellen wir sie neben uns. Wir haben sie gewissermaßen über sich selbst hinaus und helfen ihr so zum Wachen und Wollen. Wir dürfen aber nun nicht denken, daß mit Vorbergefallen die Sache erledigt ist, daß wir sie ins Wasser werfen können und sagen, nun schwimm, und ihr Talent nachher nach ihren Leistungen beurteilen. Das gäbe immer große Enttäuschungen. Eines müssen wir uns von vornherein klar machen, eine Arbeiterinnen-Gruppe zu haben, bedeutet keinesfalls eine Entlastung, sondern eine starke Mehrbelastung. Man tut diese Arbeit nicht feiner, sondern der Arbeiterinnen wegen. Für uns steht jetzt eine Mehrarbeit ein, obgleich es vor andern und vor ihnen selber ausieht, als gelte sie schon etwas. Aber gerade deshalb müssen wir wach sein, wo ihre Schwächen und Fehler sich regen.

Die Stellung zu unsern Mitarbeiterinnen gibt auch Grund zu manch einer Beprechung. Ich denke mir das Verhältnis am idealsten so, wie es eine große Schwester zu ihren kleineren Geschwistern haben sollte. Führend und doch nicht mehr jem wollend, die mit ihnen Freude und Leid teilt, und ihnen nur im alltäglichen Leben einmal sagt, das darf man tun und jenes nicht.

Wie kann man einen Kurfsabend gestalten? Zudem wir alle Arbeitsfragen, Freude und Leid in diesen Kurfen zusammentragen. Es gibt in jedem Verband schwierige und besser Veranlagte, und jede Gruppenführerin wird erst einmal verzweifelt. Aber es gibt auch solche, an denen sie nur Freude hat, und diese Freude muß man auch gemeinsam teilen. Auch eine gutgelungene Kurfsrunde, die man in der Regel alle vier Wochen ansehen kann, und die von der Führerin allein gehalten wird, gibt Veranlassung zum Freuen. Für solche Stunden gibt man den Kolleginnen Material an die Hand, wofür sie sich interessieren.

Jedenfalls sind unsere Mitarbeiterinnen dankbar für jede Anregung, die man ihnen gibt. Ihre begeisterte Mitarbeit wird uns entschädigen für die Mühe, die wir haben. So erziehen wir uns Pioniere, die an ihrem Platz am Aufbau des Verbandes mithelfen. Elisabeth Pannen.

### Besondere Bekanntmachungen.

#### Regelung der Verbandsbeiträge.

Zentralvorstand und Verbandsauschuß haben beschlossen, daß in sämtlichen Ortsgruppen des Verbandes baldmöglichst eine eingehende

#### Kontrolle der Mitgliedsbücher

stattzufinden hat. Um die Beitragsleistung in den Mitgliedsbüchern prüfen zu können, ist die Einziehung der Mitgliedsbücher erforderlich. Jedes einzelne Mitgliedsbuch ist daraufhin zu prüfen, ob mindestens der Pflichtbeitrag gezahlt wird.

Um den Mitgliedern die Pflichtbeiträge nochmals bekannt zu geben, soll in jedes Mitgliedsbuch vorne ein Zettel mit Angabe des Pflichtbeitrages eingeklebt werden. Es steht allen Mitgliedern frei und ist dringend zu empfehlen,

#### freiwillig in eine höhere Beitragsklasse

zu zahlen. Dadurch erwerben sie Anspruch auf eine höhere Unterstützung in allen Unterstützungsfällen.

Wer bis spätestens 22. Mai 1926 in eine höhere Beitragsklasse übertritt und bis zum 3. Juli 1926 mindestens 6 Wochenbeiträge der höheren Beitragsklasse geleistet hat, erhält

#### Unrecht auf den Bezug der höheren

#### Unterstützungssätze

im Falle der Erwerbslosigkeit. Der höhere Beitrag muß jedoch mindestens 10 % über dem Pflichtbeitrag liegen.

Gerade die jetzige Zeit zeigt uns die Bedeutung der gewerkschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen. Alle Mitglieder, die sich der Verantwortung ihrer Familie gegenüber bewusst sind, werden in Zeiten, wo sie dazu noch eben in der Lage sind, sich den Anspruch auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit durch den Verband sichern. Jedes Mitglied hat es in der Hand, die Höhe der Unterstützung durch Zahlung eines angemessenen Beitragesselbst zu bestimmen.

### Bekanntmachung.

Anläßlich meines 60. Geburtstages sind mir aus allen Bezirken unseres Verbandes und darüber hinaus in großer Zahl Glückwünsche zugegangen. Ich erlaube mir, auf diesem Wege allen Kolleginnen und Kollegen für diese kollegiale Aufmerksamkeit meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Augsburg, den 26. April 1926.

Peter Geier  
Bezirksleiter.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volksleben. — Besahls höhere Verbandsbeiträge? — Um Mitbestimmungsrecht und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft. — Kapital ist Macht. — Lohn- und Arbeitsfreizügigkeiten. — Gedanken zum Problem der Frauenarbeit. — Sozialpolitisches: Verfagung oder Entziehung der Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitsverweigerung. — Tariflohn ist angemessener ortsüblicher Lohn. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Betriebsratswahlen. (Ein sehr verhängnisvoller Vorgang.) — Entlassungsschutz für Betriebsratsmitglieder bei teilweiser Stilllegung. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Die Mitarbeiterin im Verband. — Besondere Bekanntmachungen. — Bekanntmachungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Florastr. 7.